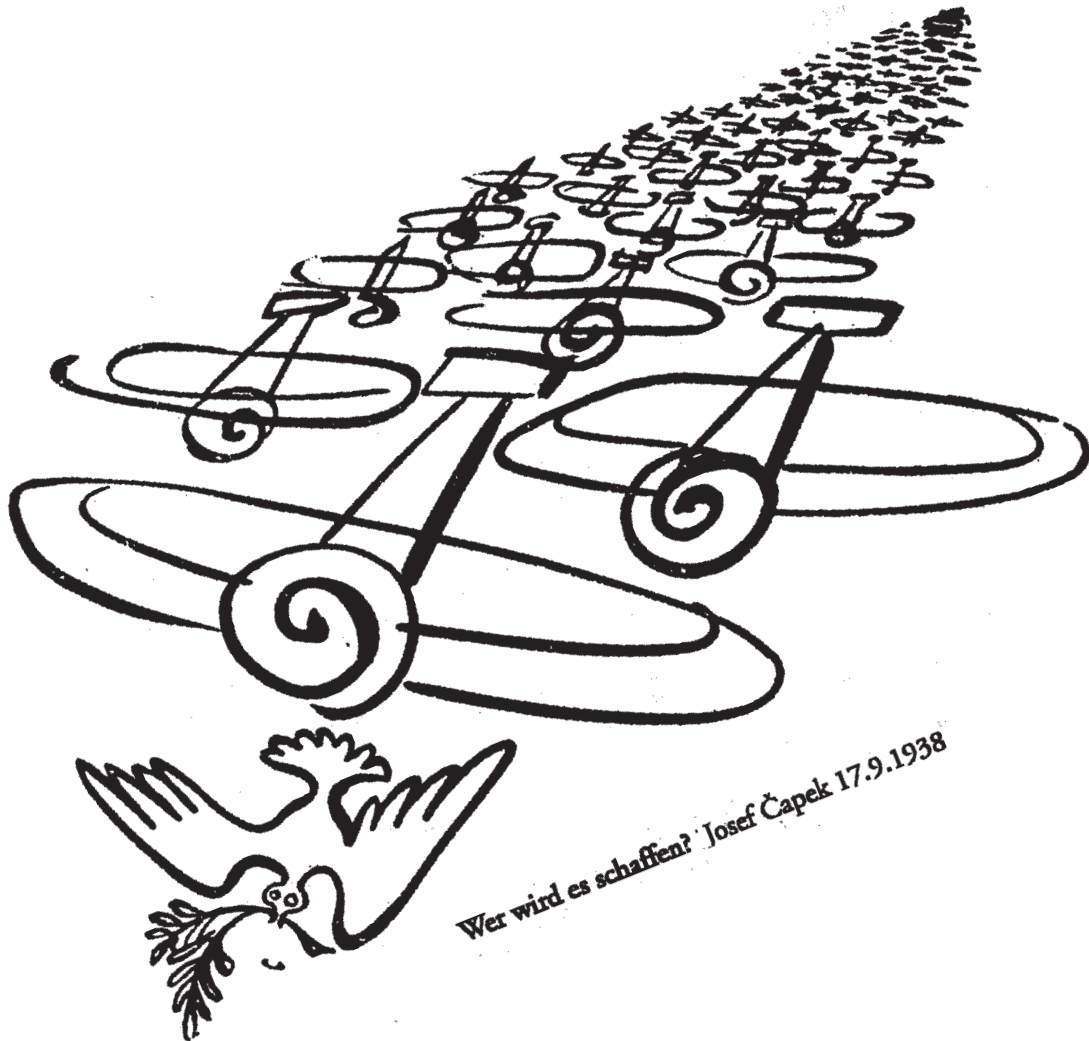


# Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



**Nato: Vom Angriffskrieg zum Eroberungskrieg S. 3, 4, 5**

**Faschisten Wahlsieger in der Türkei S. 6**

**Aktionsbündnis gegen Studiengebühren gegründet S. 11**

**Neuer Reichstag – Neuer Krieg S. 14**

**Beschäftigungs- und Stadortsicherung bei Mannesmann Sachs S. 16**

**Setkání – Deutsch-Tschechisches Treffen in München S. 19**



## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK  
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

**Herausgeber:** Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

**Verantwortliche Redateure und Redaktionsanschriften:**

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft:** Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821.

**Auslandsberichterstattung:** Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

**Regionales / Gewerkschaftliches West ...:** Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32 ... **und Ost** Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41

**Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite:** Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32

**In und bei der PDS:** Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7

**Termine:** Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

**Vierteljährliche Beilage:** Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

## Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

**Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB**

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

**Name:** .....

**Straße:** .....

**Postleitzahl/Ort:** .....

**Kto-Nr.** .....

**BLZ:** .....

**Bank:** .....

**Unterschrift:** .....

**Ein senden an:** GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

**AA-LAGEBERICHTE.** Die Vereinigung Juristinnen und Juristen gegen atomare, biologische und chemische Waffen (Ialana) wirft der Bundesregierung vor, die Öffentlichkeit getäuscht zu haben. Die zur Legitimation des Krieges vorgebrachte Behauptung vom Völkermord vor Beginn des Krieges sei „jedenfalls nicht haltbar“, so ihr Vorsitzender Becker. Die Ialana bezieht sich auf Lageberichte des Auswärtigen Amtes, die noch im März Verwaltungsgerichten als Grundlage dienten, Asylbewerber abzulehnen. So hatte das Auswärtige Amt in einem Bericht am 12.1.1999 geschrieben: „Albanischen Volkszugehörigen droht in der Bundesrepublik Jugoslawien keine politische Verfolgung, die explizit an die Volkszugehörigkeit anknüpfen würde. So leben allein in Belgrad mehrere Zehntausend ethnische Albaner, bei denen keine staatliche Schlechterstellung oder systematische Ungleichbehandlung (dies wären z.B. diskriminierende Gesetze, Ausschluß von öffentlichen Einrichtungen usw.) feststellbar ist. In Südserbien gibt es Gegenden mit albanischer Bevölkerungsmehrheit, ohne daß nennenswerte staatliche Rechtsverletzungen gegen diesen Personenkreis gemeldet würden (v.a. Gemeinden Bujanovac, Presevo und Medvedja mit ca. 60% albanischem Bevölkerungsanteil) (...) Nach Erkenntnis des Auswärtigen Amtes sind die Maßnahmen der Sicherheitskräfte in erster Linie auf die Bekämpfung der UCK gerichtet, die unter Einsatz terroristischer Mittel für die Unabhängigkeit des Kosovo, nach Angaben einiger ihrer Sprecher sogar für die Schaffung eines „Groß-Albanien“ kämpft. (...) Der o.a. Einschätzung der ECMM zufolge war das Vorgehen der Sicherheitskräfte nicht gegen Kosovo-Albaner als ethnisch definierte Gruppe gerichtet, sondern gegen den militärischen Gegner und dessen tatsächliche oder vermutete Unterstützer. Auf den teilweise totalen Betroffenheitsgrad der Zivilbevölkerung im Konfliktgebiet hatte diese Schlußfolgerung keinen Einfluß, sie spricht jedoch gegen das Vorliegen einer gruppengerichteten und für das Vorliegen einer (in den Mitteln maßlos überzogenen) zielgerichteten Verfolgung.“ (AZ 514-516.80/32 426) Becker kritisierte vor allem das Verteidigungsministerium, das diese Lageberichte wohl nicht gekannt hätte, und äußerte, das AA habe seines Erachtens nicht „gefärbte Berichte“ verfaßt habe, damit Asylanträge abgelehnt würden.

**ANTI-KRIEGS-PETITIONEN.** Die Proteste gegen den NATO-Kriegschlagen sich u.a. auch in einer schnell wachsenden Zahl von Unterschriften und Petitionen: Bis zum 21.4. lagen dem Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages 25.800 Unterschriften und knapp 200 Petitionen für sofortigen Frieden vor.

**TELEFONGIGANT.** Die Deutsche Telekom AG und die Telecom Italia S.p.A. fu-

sionieren zum zweitgrößten Telefonkonzern der Welt mit einem Börsenwert von 316,8 Mrd. DM. Die Telekom hält davon 56, die italienische Telecom 44 Prozent. Nicht nur damit zeichnet sich ab, daß der neue Konzern weniger ein Gemeinschaftsunternehmen als vielmehr ein deutscher Konzern wird. Zwar sollen zunächst alle Führungsgremien paritätisch besetzt werden – eine Bedingung des italienischen Konzerns –, doch beabsichtigt nach italienischen Angaben der Chef der Telekom, Ron Sommer, den neuen Branchenriesen alleine zu leiten. Erklärtes Ziel der Konzernbildung ist die „Neuaufteilung Europas“, wobei die italienische Telecom für die Expansion nach Südeuropa aufgerüstet wird und für den Angriff auf das europäischen Mobilnetz, während die deutsche Telekom den Norden Europas und die Beherrschung des Festnetzes anvisiert.

**„KOPFNOTEN“.** Der Zentralverband des Deutschen Handwerks verlangt von allen Bundesländern, die „Kopfnoten“ wieder einzuführen. Zu den Voraussetzungen für eine Lehre gehöre u.a. die „Bereitschaft, sich in eine Gemeinschaft einzufügen, mitzuarbeiten, Leistung zu zeigen“, Kopfnoten seien „Werte“, die in einer modernen Wirtschaft unverzichtbar sind“. Der Freistaat Sachsen will ab kommendem Jahr an den allgemeinbildenden Schulen die „Kopfnoten“ für Ordnung, Fleiß, Betragen und Mitarbeit wieder einführen.

**BODENREFORMFLÄCHEN.** Die Alteigentümer haben mit ihrer Beschwerde bei der EU-Kommission erreicht, daß die Bundesregierung die Modalitäten des Flächenverkaufs ändern muß. Damit der Verkauf keine „versteckte Subvention“ ist, darf nur für Alteigentümer, die eine „Kompensation für die Folgen der Enteignung“ erhalten sollen, der Kaufpreis bei etwa 50% des Verkehrswertes liegen, Wieder- und Neueinrichter sowie juristische Personen (z.B. die LPG-Nachfolgebetriebe) dagegen sollen 65% zahlen. Tatsächlich könnte das „Subventionsproblem“ auch durch Verpachtung statt durch Verkauf geregelt werden, fordert dagegen die PDS. Die vorgesehene Regelung verschlechtert die Kaufmöglichkeit für die Mehrzahl der bisherigen Pächter, die schon die bisherigen Preise kaum zahlen konnten. Da die Bundesregierung durch Verkauf der Bodenreformflächen jedoch erhebliche, wenn auch nur einmalige Einnahmequellen erschließt, beabsichtigt sie, den bestehenden Verkaufsstopp sofort aufzuheben.

**WAS KOMMT DEMNÄCHST?** In der ersten Mai-Woche berät das Parlament am 4., 5. und 6. Mai in erster und zweiter Lesung das Haushaltsgesetz 1999. Aufgrund der Haushaltswoche werden Anfragen nicht behandelt. Am 7.5. steht die Beratung von Kinderarbeit an.

# Ein Sieg des NATO-Krieges hätte katastrophale Folgen

Anläßlich der 50-Jahr-Feier der NATO sagte US-Präsident Clinton mit brutaler Deutlichkeit: „Wir führen Krieg, um zu gewinnen“.

Die geringschätzig abschlägige Antwort der NATO-Staaten auf jeder Art Signale aus der jugoslawischen Regierung und auf die Vermittlungsergebnisse Rußlands zeigt, daß das Besatzungsstatut, das Jugoslawien mit dem Vertrag von Rambouillet aufgezwungen werden sollte, keineswegs eine belanglose Regelung, womöglich nur symbolische Geste war, wie Außenminister Fischer in der nachträglichen Rechtfertigung weismachen versuchte.

Der NATO-Krieg erweist sich, von Tag zu Tag deutlicher, nicht nur als Angriffskrieg, sondern als ein Eroberungskrieg, dessen politischer Zweck die Fortsetzung der seit einem Jahrzehnt offen betriebenen Zerteilung Jugoslawiens und die Beseitigung staatlicher Souveränität und Unabhängigkeit in der Balkan-Region ist.

Schon in den ersten Wochen hat er mit der gezielten Zerstörung der Infrastruktur und des Industriepotentials die Existenzgrundlage von Hunderttausenden auf lange Sicht vernichtet (siehe auch Kasten auf S. 4). Das spekuliert darauf, das Kommando über die künftige Wirtschaft in die Hände der dann dringend benötigten ausländischen Investoren zu bringen. Vernichtet sind auch wesentliche Grundlagen der Landwirtschaft: Wie die Vorsitzende der jugoslawischen Grünen Partei, Brenka Jovanovic, auf einer Pressekonferenz in Bonn ausführte, findet in den bombardierten Gebieten keine Frühjahrsbestellung statt, wird es also auch keine Ernte geben, und in ruhigeren Gebieten sind die Arbeiten durch den Mangel an Düngemitteln und Produktion - Folge der Zerstörung der Düngemittelfabrikation und der Treibstoffproduktion - und durch die zerstörten Verkehrswege erheblich eingeschränkt. Damit hat die NATO eines ihrer Kriegsziele womöglich bereits erreicht - die Untergrabung der Selbstversorgung mit Lebensmitteln, die eine der Grundbedingungen der relativen Unabhängigkeit Jugoslawiens ist.

Die geringschätzigste Behandlung der russischen Vermittlungsversuche weist zugleich auf eine zweite Dimension des NATO-Krieges hin. Auf die Frage, wie denn die Warnung Jelzins vor einem Weltkrieg zu verstehen sei, antwortete ein Vertreter Rußlands in einem Interview mit dem Deutschlandfunk, daß diese Warnung zwar eine propagandische Überhöhung sei, jedoch einen ernstzunehmenden

wahren Kern hat: Der NATO-Krieg sei dabei, die Nachkriegsordnung zu zerstören, die ermöglicht habe, daß auch schroffe Konflikte nicht in Krieg in Europa mündeten.

## **Exkurs: Grundlagen der Nachkriegsordnung ...**

Das geltende internationale Recht, das in der Gründung der UNO zum Ausdruck kommt bzw. sich auf die UNO stützt, mißt dem Bestandsschutz der souveränen Einzelstaaten großen Wert bei. Es ist tatsächlich Staatenrecht und nicht „Völker“recht. Zwar vertrat die UNO in allen anticolonialen Zusammenhängen das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Völker, aber in allen nicht-anticolonialen Zusammenhängen beschränkte sie das Selbstbestimmungsrecht durch die Bewahrung der Souveränität und territorialen Integrität der Staaten. Die Wahrnehmung des Selbstbestimmungsrechts dürfe nicht zum Zweck der Auflösung bzw. Zerschlagung des betreffenden Staates bzw. Staatsgebietes mißbraucht werden. Die große Bedeutung staatlicher Souveränität im internationalen Recht geht u.a. auf die Erfahrung der „Sudetenkrise“ zurück.

Diesen Baustein der Nachkriegsordnung hat die NATO, die das Recht auf „humanitäre Intervention“ für sich reklamiert, schwer beschädigt. Und noch einen weiteren Baustein: Mit Bedacht hatte die Antihitlerkoalition das Veto-Recht im Sicherheitsrat in die UN-Charta eingeführt: Es beinhaltet den Zwang zur Konsensbildung und beruhte auf ihren Erfahrungen, daß stets ein Kompromiß gefunden werden muß, in dem sich die jeweiligen Minderheitenposition ausreichend berücksichtigt finden konnten. Jenseits der unterschiedlichen Staats- und Gesellschaftsordnung bestand im Sicherheitsrat für die Hauptvertreter der jeweiligen Lager stets der Zwang, sich mit der konträren Position zu befassen. Damit ergab sich ständig neu der Zwang, zu einem Ausgleich mit dem Widerpart zu kommen. Diese Verpflichtung hat die NATO gebrochen, indem sie sich selbst zum Krieg ermächtigte, da sie ein UNO-Mandat nicht durchsetzen konnte. Sie demonstriert mit dem Krieg gegen Jugoslawien zugleich ihr absolutes Desinteresse am Ausgleich mit Rußland. Die jetzt beschlossene Seeblockade von Öllieferungen für Jugoslawien zeigt auch und nicht zuletzt, daß die NATO die weitere Eskalation der Auseinandersetzung mit Rußland, dessen Schiffe von NATO-Kriegshandlungen betroffen sein werden, direkt sucht.



**Die NATO hat die letzte Brücke in Novi Sad, der zweitgrößten Stadt Jugoslawiens, zerstört. Betroffen ist die Bevölkerung der zweitgrößten Stadt Jugoslawiens, betroffen ist die jugoslawische, aber auch die bulgarische Wirtschaft, die der Krieg in eine tiefe Krise gestürzt hat.**

## **... werden zerstört**

Mit der in diesen Tagen auf dem Washingtoner Gipfel beschlossenen globalen Strategie, die die NATO im Krieg gegen Jugoslawien erprobt und demonstriert, ist ein tiefer Einschnitt erreicht. Die Möglichkeiten dazu bestanden seit Gründung der NATO: Diese ist nämlich nicht der Regionalpakt, auf den der Artikel 51 der UN-Charta (Anerkennung des Rechts auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung) abhebt und auf den Art. 5 des NATO-Vertrages sich bezieht, sie ist vielmehr von Anfang an eine transkontinentale Allianz mit globalem Anspruch. Diese Unvereinbarkeit mit Art. 51 der UN-Charta wurde bereits im NATO-Gründungsjahr enthüllt. (1) Ein US-Vertreter bei den Vereinten Nationen versuchte einmal, den Widerspruch zwischen globalem Anspruch und dem Art. 51 zugrundeliegenden regionalen Charakter eines Verteidigungsbündnisses dadurch zu lösen, daß „statt geographischer Momente unter Umständen auch die Lebensweise und das Denken der Völker für die Abgrenzung einer Region in Betracht gezogen werden“ sollte (2), was sich seither in der Bezeichnung „Wertegemeinschaft“ niedergeschlagen hat.

Durch die offizielle Aufgabe der Beschränkung auf Verteidigung wird der mit der UNO konkurrierende globale Charakter der NATO von der Möglichkeit zur Wirklichkeit. Tatsächlich hat der NATO-Krieg gegen Jugoslawien große Ähnlichkeit mit einem Religionskrieg, in dem es um die Expansion und Aufzwingung von Werten, von Lebensweisen geht.

## **Maßloses Kriegsziel der „Wertegemeinschaft“**

Zur Legitimierung des NATO-Krieges (Durchsetzung der Menschenrechte) ist in den vergangenen Wochen viel gesagt worden, darüber, daß ausgerechnet die imperialistischen Mächte, die die Menschenrechte in der Türkei und anderen



Regionen der Welt oder im eigenen Land mit Füßen treten, für Menschenrechte anzutreten behaupten, und das mit Krieg.

Tatsächlich haben die Westmächte keinerlei Entwicklungskonzepte für die Balkan-Region aufzuweisen, die der dort lebenden Bevölkerung oder auch nur einer Mehrheit eine Perspektive bietet.

Die Politik der Westmächte gegenüber Jugoslawien hat die Ethnisierung der politischen Systeme in dieser Region maßgeblich zu verantworten. Die Bildung und staatliche Ordnung Jugoslawiens war eine Lehre aus den Erfahrungen jahrhundertelanger Expansion fremder Mächte, nicht zuletzt des faschistischen deutschen Reiches, und der Versuch, den historisch gewachsenen Wirtschaftsraum, d.h. die durch Arbeitsteilung vermittelten Wirtschaftsbeziehungen, politisch so zu organisieren, daß die verschiedenen Ethnien zum Wohl aller kooperieren, statt sich durch expansionistische Mächte gegeneinander ausspielen zu lassen. Mit der Zerteilung Jugoslawiens zerfällt der Wirtschaftsraum, zerfallen die Beziehungen, zerfällt die Region in eine Anzahl von Kleinststaaten, die strukturell zur Unselbständigkeit verdammt sind.

Die auf Abtrennung des Kosovo zielende Politik enthält keinerlei Vorstellung, wie denn die auf diesem Territorium lebenden verschiedenen Bevölkerungsgruppen - neben der größten Gruppe der Albaner die Minderheiten der Serben, Roma, Ägypter ... - zusammenleben können. Welche Zukunft ihnen im westlichen Konzept der Zerlegung Jugoslawiens in viele ethnisch definierte Kleinststaaten zgedacht ist, sehen sie am Beispiel der aus der Kra-

jina vertriebenen mehreren hunderttausend Serben.

Das ist die Perspektive, die die westliche Balkan-Politik den dort lebenden Menschen bietet, eine Perspektive, von der bestenfalls eine kleine Minderheit profitieren kann, während sich die Lebenslage der Mehrheit in all diesen jetzigen und potentiell weiteren Kleinststaaten verschlechtert.

### Es gibt keine Alternative zur Beendigung des Angriffskrieges

Je länger der Krieg dauert, desto mehr wird im Lager der Kriegspartei eine gewisse Unruhe spürbar, nicht nur, aber vor allem bei den Grünen, die auf den ver-

schiedenen Landesparteitagen der letzten Woche in ihrer Mehrheit keine bedingungslose Zustimmung zur Regierungspolitik erteilten. Es hat den Anschein, daß die deutsche Kriegspartei fest davon ausgegangen war, daß die Luftangriffe schnell zu einem Auseinanderplatzen Jugoslawiens führen könnten - zu einer Umsturzbewegung oppositioneller Kräfte, zu einer Auseinandersetzung zwischen den Serben und den zahlreichen Minderheiten auf dem Territorium Jugoslawiens, zu Abtrennungsbestrebungen Montenegros ... Die Erwartung, daß die Bevölkerung Jugoslawiens nur darauf wartet, von ihrer bisherigen Lebensweise und der herrschenden Eigentums- und Staatsordnung befreit zu werden, dürfte ein Grund für die weit verbreitete spontane Zustimmung zum Krieg gewesen sein, die Tatsache, daß sich die Erwartung, bisher jedenfalls, nicht erfüllt hat, umgekehrt ein wichtiger Grund für die Ernüchterung, die sich in wachsenden Teilen der Grünen und auch der SPD breitmacht.

Für die NATO wäre die Einstellung des Luftkrieges, ohne daß sich ein Umsturz in Belgrad zumindest abzeichnet, eine Niederlage. Ihr Sieg hätte katastrophale Folgen, nicht nur für die Balkan-Region. Er würde die Nachkriegsordnung definitiv zerschlagen, und wir würden, so ist zu befürchten, durch eine endlose Kette von Kriegen an den Grenzen der „Wertegemeinschaft“ in eine neue Vor-Weltkriegsära eintreten.

ssc, huh

1 B. Boutros-Ghali, Contribution à l'Étude des Entente Regionales, Paris 1949

2 zit. nach Max Hagemann, Der Atlantikpakt und die Satzung der Vereinten Nationen, in „Archiv des Völkerrechts“, Bd. 1950, S. 385ff.



## Kriegsgewinner Kroatien

Die vier Wochen Krieg der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) machen wohl jetzt auch für den letzten deutlich, daß es nicht um irgendeinen humanitären Befreiungsschlag ging, sondern um die Vernichtung Jugoslawiens. Not und Elend der Bevölkerung im Kosovo und der anderen Teile der Bundesrepublik Jugoslawiens haben sich in den vier Wochen extrem verschärft und nicht verringert. Dabei hat sich die NATO nicht verkalkuliert, sondern liegt durchaus im Plan, wie sie auch selbst stolz verkündet. Die materielle und psychologische Grundlage der BRJ ist sukzessive zerstört worden. Inzwischen gehen Untersuchungen über die materiellen Folgen des Krieges für die Region davon aus, das die BRJ auf das ökonomische Niveau der 50er Jahre zurück gebombt wurde. D.h. daß sich das materielle Niveau im Gesamtstaat dem des Ko-

sovo sich angeglichen hat, der seit je als unterentwickelte Region in der BRJ galt. Das war wohl auch das Ziel der NATO-Angriffe. Nicht umsonst wird in amerikanischen Zeitungen an den Morgenthauplan erinnert. Das Ziel, die BRJ als Balkanregionalmacht auszuschalten und auf das Niveau eines Agrarstaates herunter zu bringen, ist gelungen. Im übrigen entspricht dies auch Plänen, die das faschistische Deutschland in den dreißiger Jahre für die Region im Rahmen des Plans einer europäischen Großraumwirtschaft vorgesehen hatte. Zu diesem Plan gehörte auch, den Kosovo an Albanien anzugliedern und dieses Land unter ein Protektorat zustellen. Damals war es Italien. Wir werden sehen, wie das heute aussehen wird.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Aufrüstung Kroatiens zur Balkanvormacht. Auch hier sind deutlich die Zeichen zu sehen, die in diese Richtung weisen. Der kroatische Außenminister Granic war in der letzten Woche in Washington und kam mit den Worten der

FAZ „in bester Laune zurück“. Was hatte er mitgebracht? Zum einen wird das Waffenembargo, das die USA 1991 über Kroatien verhängt hatte, aufgehoben. Kroatien wird Mitglied in dem NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“. Zugesagt wurden umfassende finanziellen Hilfen für die ökonomische Stärkung Kroatiens in der Region. Und das Fell des Bären wird auch schon zerlegt. Die USA haben Kroatien zugesagt, die Prevlaka-Halbinsel, die vor der montenegrinischen Küste liegt, also im Staatsgebiet der Bundesrepublik Jugoslawien, an Kroatien zu übergeben. Dabei geht es vor allem um den wichtigen Kriegshafen in der Bucht von Kotor. Hier lagerte im sozialistischen Jugoslawien die gesamte Kriegsflotte des Landes. Bei der Zerschlagung des sozialistischen Jugoslawiens war dieses Gebiet zwischen Kroatien und der BRJ umstritten. Für die treuen Dienste, die die herrschende Klasse Kroatiens der NATO geleistet hat, wird sie nun mit diesem wichtigen Gebiet entschädigt. hav

# Neuer „Freund und Helfer“?

„Innere Sicherheit durch Streitkräfteeinsatz?“. Diese schlagwortartige Frage taucht als Titel einer kurzen Abhandlung im Inhaltsverzeichnis der Neuen Juristischen Wochenschrift, Heft 14/1999, S.1003f auf. Autor: „Wiss.Ass.“ Dr. T.M. Spranger. Verwandtschaftliche Beziehungen zum CSU-Politiker gleichen Namens ungeklärt. Unpolitisch gedacht: ein sehr abgelegenes Thema. Politisch gedacht: sehr brisant. Denn der Erscheinungszeitpunkt liegt nach den Demonstrationen der Kurden gegen die Verhaftung Öcalans und ca.10 Tage nach Beginn des NATO-Krieges gegen Jugoslawien.

Spranger geht aber auf eventuelle aktuelle Anlässe, die ihn bei der Wahl des Themas beeinflusst haben könnten, nicht ein. Statt dessen streicht er die überragende Bedeutung des Rechts auf Sicherheit des Bürgers heraus. Seit dem „Großen Lauschangriff“ ein beliebter Einstieg ins Thema Innere Sicherheit. Und er erinnert an den Vorschlag von Rupert Scholz, den Aufgabenbereich der Bundeswehr im Innern zu erweitern und ihr die Kompetenzen der amerikanischen Nationalgarde zu geben. Außerdem würde es sich schon aus haushaltspolitischen Überlegungen heraus anbieten, die (finanziell) arme Polizei durch (logistische) Hilfe der Bundeswehr zu unterstützen, um das Recht auf Sicherheit nicht zu kurz kommen zu lassen.

## Politischer Protest als Katastrophenfall

Die verfassungsrechtlichen Klippen, die bei einem solchen Unterfangen auftauchen, umschifft der Autor sehr geschickt. Er geht von Art. 87a GG aus, der den Einsatz der Bundeswehr im Innern unter einen Verfassungsvorbehalt stellt. „Damit bleibt aber zugleich fest, daß Maßnahmen und Handlungen, die die besonderen Charakteristika eines ‚Einsatzes‘ nicht aufweisen, auch keiner verfassungsrechtlichen Gestattung bedürfen. Versteht man den Einsatz der Streitkräfte als Verwendung zu Kriegshandlungen oder anderen Eingriffsmaßnahmen, unabhängig von der Frage der Bewaffnung, so fällt eine als bloße ‚Verwen-

dung‘ gekennzeichnete technische Hilfe nicht unter diesen Begriff.“ Dazu zählt er die Überlassung von Lastkraftwagen und Sanitätsfahrzeugen, aber auch Überwachungsflüge bei Großdemonstrationen. „Mitunter geäußerte Bedenken, wonach derartige Flüge ihrem Zweck nach innenpolitisch nicht neutral sind und aus diesem Grund dem Einsatzbegriff unterfallen sollen, vermögen nicht zu überzeugen. (...) Ob für Demonstranten hierdurch sichtbar ein militärisches Machtmittel in eine innenpolitische Auseinandersetzung einbezogen wird, mag ein Argument im Rahmen der politischen Diskussion sein, darf jedoch die verfassungsrechtliche Bewertung nicht beeinflussen.“ So unpolitisch, rein wissenschaftlich setzt der Autor seine Argumentation auch fort. „Verläßt man den Bereich der rein technischen Hilfe, so findet sich eine wesentliche Regelung zum friedenszeitlichen Einsatz der Streitkräfte in Art.35 GG.“ Und damit außerhalb der gerade nicht sehr ausgeprägten Schranken der Notstandsverfassung. Damit aber auch eine Einsatzmöglichkeit unabhängig von vorheriger parlamentarischer Zustimmung. Artikel 35 regelt den Einsatz der Bundeswehr zur Hilfe in Fällen von Naturkatastrophen (Oder!) und bei besonders schweren Unglücksfällen (z.B. einem Atomunfall). Hier stellt sich der Autor die erstaunte Frage, warum die „herrschende Meinung“ bisher ablehnt, z.B. Großdemonstrationen – er nennt Wackersdorf – zu solcherart besonders schweren Unglücksfällen zu zählen. Und hält dieser Position entgegen: „Diese Differenzierung mag zwar auf den ersten Blick einleuchten. Bei näherer Betrachtung zeigt sich als Ursache der vermeintlichen Unterscheidbarkeit jedoch ein bloßer Perspektivwechsel, so daß es an einer sachlichen Rechtfertigung tatsächlich fehlt. (...) Richtigerweise muß der Begriff des besonders schweren Unglücksfalls jedoch von der Folgenseite her erschlossen werden. Andernfalls ließe sich weder die Schwere eines Autounfalls noch die eines Flugzeugunglücks ermitteln. Legt man

diese Sichtweise zugrunde, so können aber auch bestimmte Demonstrationen schwerste Auswirkungen zeitigen.“ Entsprechend der „political correctness“ werden dann die „Chaostage“ und Neonazi-Aufzüge als Beispiele angeführt. „Einer Anwendbarkeit des Art.35 GG auf Demonstrationen, von denen gravierende Folgen für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgehen, steht damit ... zumindest aus rechtlicher Sicht nichts entgegen. Auch Art. 87a kann in diesem Zusammenhang nicht als Gegenargument herangezogen werden. Der enge Anwendungsbereich dieser Bestimmung greift nur im Fall des inneren Notstandes ein ...“

Für noch weitergehendere Einsatzoptionen sieht er die Notwendigkeit einer Verfassungsänderung.

## Ziel: Einheitlicher „starker Staat“ ?

Allerdings müßten beim Einsatz von Streitkräften bei „solchen Veranstaltungen“ folgende rechtliche Aspekte berücksichtigt werden: Die Bundeswehr dürfe nur eingesetzt werden, wenn die Kapazität der Polizeikräfte – auch der speziellen – nicht ausreiche. Die Bundeswehr habe nur eine „subsidiäre“ Zuständigkeit, verglichen mit den Kompetenzen der Polizei. „Zum anderen ist die Bundeswehr im Falle des Art.35 selbstverständlich nicht befugt, schwere Waffen zum Einsatz zu bringen. Vielmehr besteht ausschließlich eine Befugnis zum Einsatz der nach Landespolizeirecht zulässigen Waffen.“ Was im Extremfall auch heißen kann: „finaler Rettungsschuß“ – übersetzt: Todesschuß durch einen Polizisten „in Notwehr“. Damit werden die (rechtlichen) Trennlinien zwischen Militär und Polizei praktisch aufgelöst. Und Eingriffsmaßnahmen in politisch-gesellschaftliche (nichtstaatstragende) Entwicklungen außerhalb der Notstandsverfassung legitimiert. Außerdem zu beachten ist: Auf europäischer Ebene hat sich schon eine Polizei (Europol) etabliert, die polizeiliche und geheimdienstliche Kompetenzen in sehr weitgehender Form in Anspruch nehmen kann und dabei weitestgehend frei

von parlamentarischer und richterlicher Kontrolle ist. Verlockendes Vorbild für viele Liebhaber von „law and order“ in Deutschland. Und: mit Einführung des „großen Lauschangriffs“ wurden die Grenzen zwischen geheimdienstlicher und polizeilicher Tätigkeit verwischt. sas





## Kriminalisierung von Kriegsgegnern

Am 21.4. gegen 15.30 Uhr besuchten uns im IMI-Büro zwei Kripo-Beamte und überreichten Tobias Pflüger ein Schreiben mit einer polizeilichen Vorladung wegen der Aufforderung zu einer Straftat (Paragraph 111 StGB). Die Vorladung bezog sich auf ... auf eine Rede von Tobias Pflüger in Tübingen am 29.3.1999. Am Abend wurde dann bekannt, daß auch Katja Polnik vom Zentralamerikakomitee (ZAK) Tübingen wegen ihrer Rede bei der Kundgebung am 10.4.1999 in Tübingen eine polizeiliche Vorladung bekommen hat. Redakteuren des *Schwäbisches Tagblatts* gegenüber teilte der befragte Chef der Tübinger Staatsanwaltschaft Hans Ellinger mit, er ermittle wegen des Aufrufs zur Fahnenflucht: „Fahnenflucht ist eine strafbare Handlung. Also darf auch niemand dazu aufrufen.“ Die Tübinger Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen aufgenommen, ohne daß jemand eine Strafanzeige erstattet hat.

Katja Polnik (ZAK) meinte nach Angaben der örtlichen Zeitung: „Wer zur Fahnenflucht aufruft, ruft auch dazu auf eine Straftat nicht zu begehen. Denn dafür halte ich den Angriffskrieg.“ Polnik erinnerte daran, daß z.B. auch die Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano sich gegen die NATO-Bombardierungen gewandt habe. Tobias Pflüger (IMI) stellte gegenüber dem *Schwäbischen Tagblatt* fest, daß offensichtlich bei Kriegsgegnern ermittelt werde, während „gegen Schröder, Fischer, Scharping nicht ermittelt wird“. Nach Ansicht von Pflüger sollten sich die Justizbehörden eigentlich um die Bundesregierung kümmern, „sie bricht Völkerrecht und Grundgesetz, weil sie einen Angriffskrieg führt.“ Bezüglich des „Vorwurfs“ der Staatsanwaltschaft sagte er: „Ich habe meinen Aufruf auf die Soldaten aller Kriegsparteien bezogen und halte das nach wie vor für richtig.“

In der *Südwestpresse* und im *Schwäbischen Tagblatt* wird an die Zeit des Golfkriegs 1991 erinnert. Damals leitete die Staatsanwaltschaft Tübingen ein Verfahren wegen der Beihilfe zur Fahnenflucht gegen das Schriftstellerehepaar Walter und Inge Jens ein, sie hatten damals einem US-amerikanischen Soldatenpärchen Unterschlupf gewährt.

Damit es nicht zum Herausgreifen einzelner kommt und sich Polizei und Justiz die Zähne ausbeißen, gibt es jetzt die Aktion: *„Verweigert oder desertiert! Auch ich rufe die Soldaten aller Kriegsparteien auf: Verweigert oder desertiert!“*

Informationstelle Militarisierung (IMI) e.V., Burgholzweg 116/2, 72070 Tübingen, Germany Tel. + Fax +49(0)7071-49154 und +49(0)7071-49159 mailto:IMI@GAIA.de http://www.umb.de/ph/imi/index.htm und http://www.imi.notrix.de Spendenkonto 1662832 Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20)

## Das 630-DM-Gesetz: Pfusch oder Absicht?

Die CDU hat eine Postkartenaktion eingeleitet, der Gaststättenverband protestiert, das Reinigungsgewerbe und die Zeitungsverlage bzw. Zeitungsvertriebsgesellschaften protestieren – alles nur deswegen, weil ihnen eine billige Ausbeutungsmöglichkeit mit Betrug an den Sozialversicherungen versperrt wurde?

Wenn es denn nur so wäre. In der Zeitung liest man halt nur über die, die dort sowieso immer vorkommen. Dem Arbeitsminister Walter Riester ist mit der Neuregelung der 630-DM-Jobs das Kunststück gelungen, mit antikapitalistischer Attitüde jene Leute zu treffen, die auf diese Billigjobs angewiesen sind.

Kurz zusammengefaßt noch einmal die Neuregelung:

Bisher mußten die Arbeitgeber für einen sogenannten 630-DM-Job eine Pauschalsteuer von 22% abführen. Die tatsächlichen Lohnkosten betrugen also 630 DM plus 22% gleich gerundet 769 DM.

Künftig muß der Arbeitgeber 10% Beitrag an die Krankenversicherung und 12% an die Rentenversicherung abführen. Die Lohnkosten blieben also bei 630 DM für den Beschäftigten und ebenfalls bei 769 DM für den Arbeitgeber.

Soweit könnte man zwar über einen Verschiebeparkplatz klagen – von der Steuer zur Sozialversicherung – und darüber, daß den Beschäftigten dadurch nur geringfügige Ansprüche für die Rente entstehen und die einzigen Nutznießer die Krankenkassen wären, die jetzt 10% Beitrag kassieren, ohne daß sie zusätzliche Leistungen erbringen müssen – aber all das wäre mehr was für Spezialisten des Sozialversicherungsrechts.

Leider sind das aber nicht die einzigen Änderungen. Bisher war mit der Pauschalbesteuerung von 22% auf den 630 DM-Job die Sache erledigt – die Firma mußte geringfügig Beschäftigte nicht bei der Sozialversicherung melden. Viele der geringfügig Beschäftigten haben aber noch eine andere Arbeit, Vollzeit oder mehrere geringfügige, beziehen Rente oder leben mit jemandem zusammen, der ein zu versteuerndes Einkommen aus Lohn, Gehalt oder Rente hat.

Und das hat bittere Folgen: Die Details sind recht kompliziert, für jeden Einzelfall etwas anders, aber es wird eine große Zahl geben, für die sich eine geringfügige Beschäftigung nicht mehr „lohnt“, weil Abzüge entweder zur Steuer oder zur Sozialversicherung anfallen. In Einzelfällen kann dann aus 630 DM plötzlich ein 430-DM-Job werden – die Folge, der Beschäftigte kündigt oder versucht, „schwarz“ das Arbeitsverhältnis fortzusetzen.

Nach durchaus glaubwürdigen Berichten haben bereits jetzt bis zu einem



Drittel der Beschäftigten von Reinigungsfirmen gekündigt, auch bei den Zeitungszustellern gibt es viele, die sagen, daß es sich nicht mehr lohnt, früh aufzustehen.

Was also hat Arbeitsminister Riester bewirkt? Vielleicht etwas Geld in die Krankenkassen geschauvelt, dafür aber bei jenen, die als geringfügig Beschäftigte meistens auch zu den Geringverdienern gehören, für Einkommensminderung gesorgt. Nur handwerkliche Fehler, wie sie der Regierung Schröder bei ihrer Gesetzgebung öfters nachgesagt werden?

Eher schon eine Linienfrage: Walter Riester, der Arbeitsminister, hat seine Karriere in der IG Metall gemacht hat, einer Gewerkschaft, die überwiegend mit den großen Konzernen zu tun hat. Betrachtet man die Arbeitswelt aus dem Blickwinkel des großen Industriebetriebes, liegen bürokratische Lösungen für soziale Probleme nahe. (Interessant, daß andere große Ausnahmen von der Sozialversicherungspflicht von Riester nicht in Betracht gezogen werden, z.B. die Versicherungspflichtgrenze, die hohe Lohn-einkommen verschont.)

Leider kann man nicht sagen, daß die linke Opposition im Bundestag eine bessere Idee hat, wie das Problem der sozialen Absicherung von geringfügig Beschäftigten gelöst werden kann. Die PDS rügt in ihrer Stellungnahme:

„Für die PDS ist das Gesetz nicht mal ein Schritt in die richtige Richtung. Die ehrgeizigen und unterstützenswerten Ziele der Koalition, jede bezahlte Erwerbsarbeitsstunde versicherungspflichtig zu machen und vor allem den Frauen eine verbesserte Alterssicherung zu schaffen, ohne sie zusätzlich zu belasten, werden nicht eingelöst. Es ist zu fürchten, daß mit der Festschreibung der hohen Geringfügigkeitsgrenze auf 630-Mark dauerhaft ein Niedriglohnsektor etabliert wird.“ (*rheinblick* 4/99)

Auch hier wird nicht berücksichtigt, daß die Verteuerung der geringfügigen Beschäftigung einfach dazu führt, daß es sie nicht mehr gibt – was für die Betroffenen, die ihre Lebensführung darauf eingerichtet haben, ein harter Schlag ist.

Dabei hat die PDS in ihrem Forderungspaket durchaus die richtigen Ansätze: Umbau der Sozialversicherungen in Richtung sozialer Grundversicherung. Bleibt die Frage, wer das finanzieren soll. Jedenfalls ist es weder sozial noch solidarisch, wenn das à la Riester, die machen sollen, die ein Einkommen unterhalb des Existenzminimums haben. *alk*

# Wie solidarisch wird die Gesundheitsreform?

Die neue Bundesregierung hat gleich zu Beginn ihrer Amtszeit mit dem *Solidaritätsstärkungsgesetz für das Gesundheitswesen* die Selbstbeteiligung für Patienten bei Medikamenten und beim Zahnersatz spürbar zurückgenommen. Die Parteien der alten Bundesregierung haben die von ihnen als unabdingbar beschlossenen Kürzungen im Gesundheitswesen in keiner Weise verteidigt, sondern höhnisch darauf hingewiesen, die Regierung hätte doch viel mehr versprochen. Die ärztlichen Standesvertreter haben die Kassenärzte mobilisiert gegen Beschränkungen durch Budgetierung, die von CDU/CSU/FDP eingeführt wurden, als sei es die neue Regierung, die den Kassenärzten das Wasser abgrabe, bzw. sie haben Angst geschürt, daß die Erleichterungen für die Patienten auf Kosten der ärztlichen Honorare gehen. Die Pharmakonzerne und andere Konzernvertreter zogen auf, um jeden auch noch so kleinen Schritt in Richtung Erhaltung von Solidarität im Gesundheitswesen als Gefährdung von Arbeitsplätzen – erklärtes Ziel der neuen Bundesregierung – zu diffamieren. Offensichtlich soll der Wunsch von vielen, daß nämlich endlich eine breite öffentliche Diskussion über die nötigen solidarischen Umwälzungen im Gesundheitswesen stattfinde, im Keime erstickt werden.

Durch den Angriffskrieg gegen Jugoslawien wird diese notwendige Diskussion noch mal erschwert, weil der Krieg Milliarden verschlingt, die für die Sozialpolitik fehlen, und weil durch den Krieg die öffentliche Behandlung vieler gesellschaftlicher Probleme einfach in den Hintergrund gedrängt wird.

Für die Ausarbeitung eines Gesetzes *Gesundheitsreform 2000* bis zum Sommer 99 liegen „Eckdaten“ der Regierungsparteien vor, die eine Richtungsänderung ermöglichen könnten. Im folgenden die wichtigsten Eckdaten:

- So soll die *Krankenversicherung weiterhin paritätisch finanziert* bleiben entgegen den bisherigen Bestrebungen, die Arbeitgeber schrittweise von der Beitragszahlung freizustellen.

- *Gesundheitsförderung, Vorsorge und Rehabilitation* sollen wieder großgeschrieben werden, nachdem den gesetzlichen Krankenkassen von Seehofer Ausgaben dafür gekürzt bzw. untersagt worden waren. Die Bemühungen von Gewerkschaften und Betriebsräten um betriebliche Prävention und Gesundheitsförderung sollen

durch Zusammenarbeit mit den Krankenkassen gefördert werden. Die Krankenkassen sollen auch Patientenstellen, Selbsthilfegruppen und -organisationen unterstützen, durch finanzielle Zuwendungen.

- Es soll zwar *rationalisiert, aber nicht rationiert* werden, d.h. medizinisch erforderliche Leistungen sollen nicht aus der gesetzlichen Krankenkasse herausgenommen werden. Unnötige und belastende Doppeluntersuchungen zu vermeiden, ist sinnvoll und rationell. Aber schon bei der Erstellung der Positivliste für Arzneimittel, wodurch ziemlich viele erforderliche Medikamente aus dem Leistungskatalog der Krankenkassen gestrichen werden sollen, sieht es nach Rationierung aus. Nach dem, was bisher bekannt ist, sind in dem Teil A der Positivliste nur Medikamente für lebensbedrohliche Erkrankungen, die mit High-Tech-Medikamenten der führenden Pharmakonzerne behandelt werden können. Diese Medikamente werden vollständig bezahlt. Teil B enthält chemische Medikamente, die eventuell zu 50% bezahlt werden und für Linderung von schweren Beschwerden erforderlich sind. Alle übrigen Medikamente müssen von Patienten selbst bezahlt werden. Das umfaßt alle Naturheilmittel und z.B. Mittel gegen Migräne, durchblutungsfördernde Mittel, Hustenmittel, Grippemittel, Salben usw. Das läuft unter dem Namen „Ordnung“ des Arzneimittelmärktes, weil alle Mittel mit angeblich unbewiesener Wirkung – obwohl z.T. schon jahrhundertalte positive Erfahrungen vorliegen – nicht mehr auf Kosten der Allgemeinheit eingenommen werden

dürfen. Als Anmerkung sei hier angeführt, daß durch sog. unerwünschte Arzneimittelwirkung mit Medikamenten der Gruppe A und B jährlich 11000 Menschen sterben, mehr als im Straßenverkehr, und viele Erkrankungen entstehen, die dann ja auch wieder behandelt werden müssen.

- Für die erforderliche bessere Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung sollen *neue Organisationsformen* entwickelt werden. Auch die Aufgaben der Hausärzte werden neu bestimmt, mehr in Richtung umfassender Berater im Facharztdschungel und in sozialen Angelegenheiten. Es sieht so aus, als könnten dabei auch die Erfahrungen der Polikliniken in der ehemaligen DDR Berücksichtigung finden.

- Die Erweiterung von *Patientenrechten und Patientenschutz* ist vorgesehen. Patienten sollen nicht mehr nur als „Objekte der Fürsorge“ auftauchen, sondern als Akteure in die Gestaltung des Gesundheitswesens eingreifen. Information und Ausbildung sei dafür erforderlich und damit auch Aufgabe der Krankenkassen.

- Aber: Der Finanzierungsrahmen soll bei all diesen Vorhaben bleiben wie bisher: Beitragssatzstabilität, d.h. Ausgabenerhöhung der Krankenkassen nur so weit, wie die Beitragseinnahmen steigen, was bei der hohen Arbeitslosigkeit und niedrigen Lohnabschlüssen weitere Kürzungen und Budgetierung unabhängig vom Bedarf bedeutet.

- Zudem hält die neue Bundesregierung an dem Ziel der sog. monistischen Krankenhausfinanzierung fest, was bedeutet, daß die Investitionskosten für die Kran-

kenhäuser auch aus Beiträgen bezahlt werden sollen. Zunächst zahlen die Krankenkassen die Instandhaltungskosten weiter, als nächstes übernehmen sie die pauschalen Fördermittel der Länder, und schließlich sollen auch Um- und Neubaulmaßnahmen aus Kassenbeiträgen bezahlt oder eben nicht bezahlt werden. Schon jetzt gibt es erheblichen „Investitionsstau“, weil die Länder ihrer Verantwortung für das Krankenhauswesen schlecht nachkommen. Ältere Häuser verrotten regelrecht, wie das Krankenhaus Barmbek in Hamburg, wo Gebäude teilweise gar nicht mehr benutzt werden können. Das ist auch ein Weg, um Krankenhäuser zu schließen.

Auch wenn die Gefahr besteht, daß die „Eckdaten“ zunächst Makulatur werden, sind sie wichtig für die weitere Diskussion um das Gesundheitswesen. *su*



**Beschäftigte im Gesundheitswesen machen den Grundsatz der Solidarität geltend: Protestdemonstration November 96**



**HADEP erreicht 67% in den kurdischen Kriegsprovinzen und stellt viele Bürgermeister**

# Faschisten sind die Wahlsieger in der Türkei

Die nationalistische und rassistische Mobilisierung in der Türkei nach der Verschleppung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan und der Beteiligung der türkischen Armee beim Nato-Angriff auf Jugoslawien zeigte Wirkung: Die faschistische Partei der nationalen Bewegung MHP erzielte mit 18,1% der Stimmen das beste Ergebnis ihrer Geschichte und wurde zweitstärkste Partei im Parlament. War sie im letzten Parlament gar nicht vertreten, zieht sie nun mit 130 Abgeordneten ein. Die Demokratische Linkspartei DSP von Ministerpräsident Ecevit erreichte 22,1% und 134 Mandate. Die Mutterlandspartei ANAP des stellvertretenden Ministerpräsidenten Yilmaz mobilisierte 13,2% (86 Sitze), die Partei des Rechten Weges unter Ciller 12,1% (85 Sitze). Die islamistische Tugendpartei FP kam auf 15,2% und 110 Sitze und fiel weit hinter das Ergebnis der verbotenen Wohlfahrtspartei Erbakans zurück, die 1995 stärkste Partei geworden war.

In diesem Wahlkampf bestimmten der Kampf gegen die PKK und die Zurschaustellung des in die Türkei verschleppten PKK-Vorsitzenden in den Medien, die harte Haltung in der Zypernfrage und der Eintritt in den Krieg auf dem Balkan die Themen. Ecevit gab sich als Garant für die „Einheit der Türkei“ und zeigte sich seit dem Kidnapping von Öcalan in Siegerpose. In den 70er Jahren wurde unter seiner Ministerpräsidentschaft Nord-Zypern besetzt. Ecevit wurde vor allem in den Industrieregionen der Schwarz- und Mittelmeerküste gewählt.

Die Faschisten zogen neben den Wahlkreisen der Hauptstadt Ankara ihre Stimmen aus den Städten und Dörfern Zentralanatoliens. Diese Region erlebte in den vergangenen Jahren keinen wirtschaftlichen Fortschritt, ihre Bevölkerung war auch schon immer eine Stütze des Militärs. Viele junge Männer der Landbevölkerung Zentralanatoliens haben sich als Soldaten für den Krieg in Kurdistan anwerben lassen. Dementsprechend hoch ist hier der Anteil an Familien, die in dem Krieg in Kurdistan Angehörige verloren haben. Kameradschafts-, MHP- und Hinterbliebenenvereine mobilisierten hier für die Faschisten. Das Wahlkampfprogramm der MHP lautete: „Für die Türkei“, „Hinrichtung des Babymörders Öcalan“, gegen Europa und für die panturkistische Einheit der „Turkvölker“. Der Sprecher der MHP, Türkoglu, rief auf, „Öcalan so schnell wie möglich“ hinzurichten und die PKK auszurotten. Die Faschisten kommen so-

gar noch auf rund 30 zusätzliche Sitze im Parlament, da auf den Listen von DSP, ANAP und DYP Mitglieder der MHP positioniert worden waren.

Die prokurdische HADEP scheiterte mit landesweit 4,7% an der Zehnprozenthürde an einem Parlamentseinzug. Aber in den kurdischen Gebieten erreichte sie 67% der Stimmen. Ihr Wahlkampf wurde von Verbotungsverfahren, Tausenden von Verhaftungen, Angriffen auf Kandidaten und Parteibüros und Bedrohung der Wählerschaft bestimmt. Am Wahltag wurden erneut zahlreiche Kandidaten der HADEP festgenommen. In fast allen kurdischen Dörfern und auch in Städten wie bspw. Nusaybin zwang das Militär die Dorfbevölkerung, die Stimmen offen abzugeben. Oft wurden die Wahllokale schon mittags geschlossen. In Van und Tunceli verschwanden säckeweise Stimmzettel aus den Wahllokalen. Kinder fanden in Gaziantep beim Spielen auf der zentralen Müllkippe am Wahlabend große Mengen von Stimmzetteln. Gegen Wahlhelfer der HADEP gingen Militär und Polizei auch am Wahltag brutal vor; insgesamt verloren mindestens zehn Menschen in Istanbul, Bingöl, Urfa, Kastamonu und Kars das Leben.

Aber die Wahl der HADEP konnte trotz aller Einschüchterungsmaßnahmen in den kurdischen Provinzen nicht verhindert werden. Ein neues Bild stellt sich bei Bürgermeisterwahlen in den kurdischen Provinzen: In Diyarbakir, Siirt, Batman, Bingöl, Van, Hakkari und

Agri sowie in 40 Kreisen stellt die HADEP die neuen Bürgermeister. Das Wahlergebnis dokumentiert eindeutig, daß die prokurdische HADEP ihre Basis in der Kriegsregion hat und die Menschen in Kurdistan den Kurs einer politischen Lösung des Kurdistankonfliktes unterstützen.

Zu erwarten ist, daß eine neue Koalition von DSP und MHP mit DYP oder ANAP unter Führung von Ecevit installiert wird. Schon jetzt kann gesagt werden, daß die nationalistische und faschistische Mobilisierung die Gesellschaft der Türkei weiter polarisiert hat. Den Kräften für eine Lösung der Kurdistanfrage steht jetzt im Parlament ein nationalistisch-faschistischer Block gegenüber, der einen Vernichtungs- und Ausrottungskrieg befürwortet. Diese Kräfte fordern die rasche Beseitigung Öcalans. Seine Anwälte warnen jetzt schon vor einer extralegalen Hinrichtung vor Prozeßbeginn. Der IHD befürchtet die Ausweitung von Folterterror und Morden „unbekannter Täter“. Die Menschenrechtsaktivisten, Gewerkschafts- und HADEP-Funktionäre und besonders auch die neuen Bürgermeister sind jetzt Angriffsziele Nummer eins der faschistischen Konterguerilla. Auf jeden Fall hat die Vernichtungsstrategie der türkischen Militärs für Kurdistan Oberhand gewonnen.

Die europäischen Mächte und hier besonders die Bundesregierung müssen sich endgültig fragen lassen, ob sie weiter die Unterdrückung von Menschenrechten und Völkerrecht mit Waffenlieferungen, militärischer und polizeilicher Zusammenarbeit und diplomatischer Unterstützung weiter stützen wollen.

Auf der NGO-Generalversammlung in Brüssel wurde die EU am 20. April von den anwesenden 900 Nicht-Regierungsorganisationen einstimmig aufgefordert, endlich eine politische Initiative zur Lösung des Kurdistan-Konflikts in der Türkei zu unternehmen. Die EU-Staaten sollen ihre „bedingungslose Unterstützung“ der Türkei beenden. Verlangt wurden Mindestgarantien nach internationalem Recht für den unmittelbar bevorstehenden Prozeß gegen Abdullah Öcalan. Die NGOs forderten, daß nach der Genfer Konvention die körperliche und seelische Integrität von Öcalan sichergestellt werden müsse.

rub



**Polizei gegen „Samstagsmütter“ – Alltag in der Türkei**





**Südkoreanische Gewerkschafter protestieren in der Hauptstadt Seoul gegen die Drohung der Regierung die streikenden U-Bahn-Angestellten zu entlassen, wenn sie sich weigern die Arbeit wiederaufzunehmen. (Bild: ND)**

## Konferenz zu Mißbrauch von Kindersoldaten

Auf einer Konferenz afrikanischer Länder Mitte April wurde der Mißbrauch von Kindern als Soldaten angeprangert. In Maputo, der Hauptstadt Mocambiques, einigten sich die Teilnehmenden darauf, daß eine Ausnutzung Jugendlicher – d.h. unter 18 Jahren – von welcher Seite auch immer unterbunden werden muß. Hierbei stützen sie sich auf die Prinzipien der UNO hinsichtlich der Rechte von Kindern. Die bisherige Altersgrenze von 15 Jahren sollte angehoben werden. Die internationale Allianz zum Schutz von Kindern und die Koalition zum Stop des Einsatzes von Kindersoldaten, die diese Konferenz organisiert hatten, riefen dazu auf, die Demobilisierung von Kindern zu ihrer Sicherheit zu forcieren, selbst wenn sie – wie es heißt – sich „freiwillig“ gemeldet hätten, und diejenigen zu bestrafen, die diese Rekrutierungen weiterhin fortsetzen. An die internationale Gemeinschaft wird appelliert, diesem Thema erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen, sich um die Amnestierung dieser Kinder und ihre Rehabilitation wie auch Reintegration zu bemühen. *mc*

## Anstieg der weltweiten Flüchtlingsbewegungen

Mindestens 8 Mio. Flüchtlinge werden allein in Afrika gezählt, weltweit etwa 22 Mio. 2 Mio. werden am Horn von Afrika geschätzt, d.h. in der Regierung Somalia, Sudan, Äthiopien. Die Existenz von Flüchtlingen ist direktes Ergebnis der politischen Verhältnisse, daher sind politische Lösung erforderlich – so jedenfalls Albert Alain Peters vom UNHCR-Büro für Afrika. Angesichts der Kriegssituation in Europa befürchtet er einen starken Rückgang der Unterstützung, da die dortigen Länder bislang zu den stärksten Geldgebern des UNHCR gehörten. Sie würden sich nunmehr verstärkt um ihren eigenen Kontinent kümmern. Somit bliebe dem UNHCR lediglich übrig, sich an die afrikanischen Regierungen zu wen-

den, ihre Unterstützung zu erhöhen. *mc*

## Argentinien: Dokumente über Antisemitismus unter der Diktatur

(Buenos Aires, 20. April 1999, *pulsar-Poonal*) Sieben MenschenrechtlerInnen und Angehörige jüdischer Einrichtungen präsentierten gegenüber dem spanischen Richter Baltasar Garón Dokumente über die Verfolgung und Ermordung von Juden unter der argentinischen Militärdiktatur (1976–1984). Mehrere hundert Fälle werden darin detailliert beschrieben. Nach den Angaben der ZeugInnen gingen die Schergen der Militärs besonders grausam gegen ihre Opfer vor, wenn es sich um Juden handelte. Sie weisen ebenso darauf hin, daß der Anteil der in Argentinien wohnenden jüdischen Bevölkerung ein Prozent ausmache, der jüdische Anteil bei den Gefolterten, Verschwundenen und Ermordeten aber zwölf Prozent betrug. Die besondere Verfolgung von Juden soll Teil der berüchtigten Operation Condor gewesen sein, mit der die Zusammenarbeit der südamerikanischen Militärdiktaturen geregelt wurde. In den Folterzentren der argentinischen Diktatur hingen nicht selten Nazisymbole und Fotos von Adolf Hitler an den Wänden. Der Bericht der MenschenrechtlerInnen führt die Namen von 30 Militärs auf und spricht von 27 Folterzentren.

## „Mütter der Plaza de Mayo“ in Jugoslawien

Eine Delegation der „Mütter der Plaza de Mayo“ aus Argentinien hielt sich Mitte April in Jugoslawien auf. In einem Aufruf an „alle Frauen und alle Mütter, die auf jugoslawischem Territorium leben“, wandten sie sich scharf gegen die Bombardierung Jugoslawiens. Sie erinnerten daran, daß die imperialistischen Mächte, die USA und ihre Verbündeten, die jetzt die Menschenrechte zu verteidigen vorgäben, vielen Völkern Tod und Vernichtung gebracht haben. Wir haben die Flüchtlingslager und die durch die NA-

TO zerstörten Schulen gesehen und wissen, daß Bomben keinen Frieden schaffen, erklärte die Delegation, die auch ein Ende der Vertreibung der albanischen Bevölkerung aus dem Kosovo forderte.

## Mexiko: StudentInnenproteste I – UNAM liegt lahm

(Mexiko-Stadt, 22. April 1999, *Poonal*) Die mexikanischen StudentInnen bestreiken seit Anfang der Woche die Autonome Nationaluniversität (UNAM). Inzwischen sind jegliche Vorlesungen und Seminare ausgesetzt. Grund für die Proteste ist die vorgesehene drastische Erhöhung der Studiengebühren, die Rektor Francisco Barnés offenbar um jeden Preis durchsetzen will. Bisher waren die Studiengebühren eher symbolisch und betrugen umgerechnet kaum zehn Pfennig. Der plötzliche Anstieg auf 100 bis 120 DM pro Semester ist nicht nur nach Ansicht der überwältigenden Mehrheit der StudentInnen ausreichend, vielen jungen Leuten aus ärmeren Schichten den Zugang zur Uni zu verwehren. Andererseits ist die angeführte Finanzmittelknappheit der UNAM kein überzeugender Grund für den Anstieg. Mit den Gebühreneinnahmen wären nur etwa ein Prozent des Universitätsetats gedeckt.

Viele fürchten zudem, der mit Regierung abgestimmte Gebührenvorstoß könne ein weiterer Schritt des Staates sein, den Bildungsbereich zunehmend dem Privatsektor zu überlassen. Dies erklärt zum Teil, warum es nach monatelangen Diskussionen doch noch zu einer großen Streikbewegung kam. Rektor und Regierung können hoffen, daß die Aktionen der Protestierenden aufgrund fehlender Mittel und konkurrierender StudentInnenverbände nicht von langer Dauer sind. Aber bereits Ende der 80er Jahre entwickelte ein Streik an der UNAM eine Eigendynamik, die den damals amtierenden Rektor Carpizo schließlich seinen Posten kostete.

## Nicaragua: StudentInnenproteste II – ein Todesopfer

(Managua, 21. April 1999, *pulsar-Poonal*) Proteste der StudentInnen für eine bessere Mittelversorgung der Hochschulen haben ein erstes Todesopfer und drei Verletzte gefordert. Bei der Besetzung der nicarguanischen Zentralbank schossen Polizei und Sicherheitspersonal scharf. Der 19jährige Roberto González kam dabei ums Leben. Eine Polizeisprecherin ließ verlauten, der Tod von González werde untersucht, machte aber gleichzeitig deutlich, die Einsatzkräfte seien unschuldig. Die Proteste für ein höheres Universitätsbudget dauern nun bereits eine Woche an. In dieser Zeit sind mehr als 100 StudentInnen verhaftet worden. Die Regierung beschuldigt die oppositionellen Sandinisten, die Aktionen anzuführen. *Zusammenstellung: hav*



## „Frieden für Kurdistan – Demokratie in der Türkei“

In Bonn demonstrierten am 17. April bis zu 130 000 Menschen für „Frieden für Kurdistan – Demokratie in der Türkei“. Einen Tag vor dem türkischen Parlamentswahlen rückte wieder der Krieg und die Vernichtung in Kurdistan sowie die Verschleppung von Abdullah Öcalan in die Türkei und der bevorstehende Prozeß gegen den PKK-Vorsitzenden in die Öffentlichkeit. Die Demonstranten forderten immer wieder ein Ende der Waffenlieferungen an die Türkei und die Aufhebung des PKK-Verbots in der BRD. Auf der Kundgebung sprachen Ursula Lötzer (PDS-MdB), Uri Avnery (israelischer Friedensaktivist und ehemaliger Knesset-Abgeordneter), Domencio Gallo (italienischer Jurist und ehemaliger Senator), Lord Raymond Hylton (Mitglied des britischen Oberhauses) sowie Vertreter des Vorbereitungskomitees des kurdischen Nationalkongresses, der Nationalen Plattform Nord-Kurdistan und des Kurdischen Exilparlaments. Pax Christi und der frühere US-Justizminister Ramsey Clark hatten Grußadressen geschickt. Fast alle verurteilten in ihren Reden den Natoangriff auf Jugoslawien und die völkerrechtswidrige Vertreibung im Kosovo. Die europäischen Mächte und besonders die Bundesregierung wurden angegriffen, für den Krieg in Jugoslawien Menschenrechte und Völkerrecht in Kurdistan geopfert, den PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan an die Türkei ausgeliefert zu haben und dem Natopartner Türkei freie Hand in Kurdistan zu lassen.

## ECOFIN: Euromärsche demonstrieren

Am 17. April demonstrierten anlässlich der Tagung der ECOFIN in Dresden über 500 TeilnehmerInnen vor dem Tagungsbau, in dem sich die Finanzminister der EU, der Chef der Weltbank, der Chef der Europäischen Zentralbank und verschiedene Notenbankchefs trafen.

Die Euromärsche haben dort zur sofortigen Beendigung des Kriegs gegen Jugoslawien und zur Beendigung der Umverteilung von unten nach oben aufgerufen. Sie haben dagegen protestiert, dass Milliarden für den Krieg ausgegeben werden, aber die Rücknahme der

Kürzung der Arbeitslosenunterstützung vor wenigen Wochen von Arbeitsminister Walter Riester mit dem Hinweis auf leere Kassen abgelehnt wurde. Die Demonstration diente auch der Mobilisierung zur europäischen Großdemonstration am 29. Mai in Köln anlässlich des EU-Gipfels.

Nachfragen an Angela Klein  
Tel. 0221-9231196

## Kampf den Eliten – Kampf dem CC – Aktionstag am 24.5. in Coburg

Seit mittlerweile über 125 Jahren trifft sich der Coburger Convent (CC) in Coburg. Der CC ist eine Vereinigung von Landsmannschaften und Turnerschaften. Er stellt ein Sammelbecken rechtskonservativer und deutsch-nationaler Kräfte dar. Wir sehen im CC eine Organisation, die, wie mehrere andere Gruppierungen auch, darum bemüht ist die Führungsebenen der Gesellschaft mit ihren Leuten zu besetzen.

RECHTSEXTREMISMUS Coburg ist ein Knotenpunkt der organisierten Rechten. So sind hier verschiedene Organisationen und Personen ansässig.

Der Ablauf des Aktionstags: 15 Uhr Demonstration ab Bahnhofsvorplatz in Coburg. Danach je nach dem VoKü; Stadtführungen; Vorträge Diskussionen etc. Um 23 Uhr gipfelt der Pfingstkongreß des CC in einem martialischen Fackelzug mit anschließendem Zapfenstreich am Marktplatz. Dort finden sich mehrere tausend CCer ein.

Gegen dieses Spektakel soll sich unser Protest richten. Wer danach nicht mehr heimfahren will, kann gerne bei uns übernachten, Pennplätze stehen genug zur Verfügung. (Wer schon früher am Wochenende kommen möchte, bitte bei uns melden): *Quelle: anti-cc@netscape.net*

## Sudetendeutscher Tag in Nürnberg – Anlaß zu Aktion und Diskussion

Im Schatten der Kriegspolitik der BRD plant ein „Bündnis gegen Heimat“ am 21./22. Mai eine Veranstaltung und eine Aktionskundgebung in Nürnberg. Die Lösungen (s.u.) zeigen ein starkes Bedürfnis nach Abgrenzung von der herrschenden Meinung. Nein!, wo die Herrschenden Ja sagen, Ja!, wo sie Nein sagen. Der Wunsch nach Nichtausgrenzung (Heimat) und deutsche Expansionsstrategie sind aber etwas verschiedenes, so auch die aktive Teilnahme am Genozid und der Anschluß an das 3. Reich. Solche Lösungen bergen daher neben ihrem provokativ aufrüttelnden Moment auch die Gefahr, auf einem breiten Feld von Motivlagen die Gegenseite zusammenzuschließen. Wir dokumentieren:

**Veranstaltung:** Es referieren: Chaim Frank (Dokumentationsarchiv für jüdische Kultur und Geschichte, München) zum Thema: Geschichte des deutschen „Volkstumskampfes“ und der Henlein-

Bewegung in der CSR vom 19. Jhd. bis zum Ende des Nationalsozialismus. *Samuel Salzborn* (Wochenzeitung *Jungle World*) zum Thema: Entwicklung und Ideologie der Sudetendeutschen Landsmannschaften von 1945 bis heute.

**Ort und Zeit:** Archiv Metroproletan, Eberhardshofstr. 11, Hinterhaus, Nürnberg, Fr, 21.5.99, 19.30 Uhr.

**Aktionskundgebung:** Treffpunkt: Samstag, 22.5.99, ca. 10 Uhr an der Frankenhalle • *Nie wieder Heimat!* • *Sudetendeutsche Täter sind keine Opfer!* • *Ja zu den Benes-Dekreten!*

## Potsdam: Kreiswehrrersatzamt besetzt

Anlässlich der Besetzung des Potsdamer Kreiswehrrersatzamtes durch die PDS und Potsdamer Bürgerinnen und Bürger erklärt der Landesgeschäftsführer des Brandenburger Landesverbandes der PDS, Olaf Balzer: Bewußt haben wir gerade das Kreiswehrrersatzamt in Potsdam besetzt. Hier werden junge Menschen für den Wehrdienst gemustert und hier haben wir auch unseren Protest deutlich gemacht.

Potsdam hat schon einmal in preußischer Tradition bei der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges eine unrühmliche Rolle gespielt, die PDS hat mit der Besetzung gerade hier ein deutliches Zeichen dafür gesetzt, daß es andere Lösungen geben muß, als Bomben auf Wehrlose zu werfen, nur um politische Zielstellungen durchzusetzen. Die jetzt bekannt gewordene Bombardierung eines Flüchtlingsstrecks beweist einmal mehr den Aberwitz eines unter Bruch des Völkerrechts entfesselten Krieges, der vorgeblich dem Frieden dienen soll. Soldaten gehören in die Kasernen, nicht auf die Schlachtfelder von Kriegen in anderen Ländern. Wir zeigen auch weiterhin deutlich unsere Haltung und wir werden nicht lockerlassen.

## Bundeskonzferenz der Anti-Atom-Bewegung

Vom 9. April bis 11. April 1999 haben sich etwa zweihundertfünfzig Personen zu der Frühjahrskonferenz der Anti-Atom-Bewegung in Heidelberg getroffen.

Unter dem Motto „Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen – Atomkonsens ist Nonsens“ beschlossen die TeilnehmerInnen der Konferenz eine bundesweite Demonstration, die im Oktober voraussichtlich in der „Expo-Stadt“ Hannover stattfinden wird. Auf der Expo soll es unter anderem einen Themenkomplex zum European Pressurized Reactor (EPR) geben.

*Anti-AKW/Castor-Gruppe Heidelberg*  
c/o Eine-Welt-Zentrum – Am Karlstor 1  
– 69 117 Heidelberg Tel.: 06221 / 978927  
Fax 06221 / 978932



**Gegründet:**

# „Aktionsbündnis gegen Studiengebühren“ (ABS)

Bisherige BündnispartnerInnen sind verschiedene ASten/USten/StuRä/RefRäte, der Bundesausschuss Studentinnen und Studenten der GEW, der BdWi (Bund demokratischer WissenschaftlerInnen), die Bundeskoordination der Juso-Hochschulgruppen, LiRa (Bündnis linker und radikaldemokratischer Hochschulgruppen), der fzs und weitere Initiativen. Alle Interessierten sind aufgerufen, sich am ABS zu beteiligen, egal ob „nur“ ideell oder auch finanziell. Auch Einzelpersonen können gerne den Krefelder Aufruf unterstützen.

## Krefelder Aufruf des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren (ABS)

Die generelle Einführung von Studiengebühren steht unmittelbar auf der politischen Tagesordnung. Das kommt einem historischen Einschnitt gleich. In letzter Konsequenz würden wesentliche Ergebnisse der Bildungsreformperiode revidiert und der soziale Grundkonsens in der Bildungspolitik endgültig aufgekündigt. Ungeachtet der Tatsache, daß die neue rot-grüne Bundesregierung von der überwiegenden Mehrheit der Studierenden nicht zuletzt aufgrund der Wahlkampfversprechen beider Parteien, Studiengebühren gesetzlich zu verbieten, ins Amt gewählt wurde, scheint die Bereitschaft dazu innerhalb der offiziellen Bildungspolitik zu erlahmen. Schon stößt in Teilen von SPD, Grünen und Gewerkschaften der Grundgedanke einer privaten, individuellen Beteiligung an institutionellen Kosten des öffentlichen Bildungssystems auf zunehmende Akzeptanz. Erste Einstiege in Studiengebühren – unter welcher verschleiern den Bezeichnung auch immer – sind bereits in mehreren Bundesländern vollzogen (Baden-Württemberg, Niedersachsen, Berlin, Bayern, Sachsen).

In keinem Fall reicht es aus, allein auf verhandlungstechnische und taktische Manöver in bezug auf Regierungen und Parlamente zu setzen. Die Verhinderung von Studiengebühren erfordert vielmehr öffentlichen Druck und eine breite gesellschaftliche Diskussion über die Funktion des Bildungssystems. Um diese Politisierung der Auseinandersetzung zu befördern, hat sich auf der Grundlage der im folgenden dargelegten politischen Positionen und Forderungen das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) gegründet.

Studiengebühren sind aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Gründen abzulehnen. Sie lösen kein einziges Problem, sondern verschärfen die Krise des Bildungssystems.

**1. Studiengebühren befördern die Privatisierung sozialer Risiken.** Bildung wird nicht mehr als ein öffentliches Gut gesehen, dessen Nutzung als allgemeines Recht gilt, sondern als zu erwerbende und zu bezahlende Dienstleistung, mit

der jedeR einzelne in sein/ihr „Human-kapital“ investiert. In diesem Sinne sind Studiengebühren integraler Bestandteil des neoliberalen Politikmodells, dessen Ziel es ist, außer Bildung auch z.B. Beschäftigung, Gesundheit, Altersvorsorge und andere gesellschaftliche Aufgaben auf den/die einzelne/n abzuwälzen. Deswegen betrifft die Studiengebührende-batte nicht nur Studierende. Sie hat vielmehr eine gesellschaftliche Stellvertreterfunktion, um die Akzeptanz einer generellen privaten Kostenbeteiligung für alle weiterführenden Bildungswege (nach der allgemeinen Schulpflicht) zu erproben und perspektivisch durchzusetzen.

**2. Die sozialen Wirkungen und Steuerungseffekte von Studiengebühren sind gesellschaftlich schädlich.** Studiengebühren fördern ein antisoziales und ent-solidarisierendes persönliches Bildungsverhalten und verstärken die gesellschaftliche Verantwortungslosigkeit des Wissenschaftssystems. Sogenannte „bildungsferne“ Schichten werden noch stärker von weiterführender Bildung abgeschreckt. Deren Erwerb engt sich auf die traditionelle Normalbiographie (männlich, weiß, deutsch; direkter Übergang Schule/Wehrdienst/Studium) ein.

**3. „Sozialverträgliche“ Studiengebühren kann es nicht geben!** Das ist ein Widerspruch in sich. Jede Verkoppelung von Bildungschancen mit der – strukturell ungleichen – privaten Einkommens- und Vermögensverteilung in der Gesellschaft reproduziert die entsprechende Ungleichheit in der Bildung. Dieser Ausgangslage kann auch kein noch so ausgefeiltes Darlehenssystem entgegenwirken, wie die Entwicklung des BAföG anschaulich zeigt. Studiengebühren verschärfen daher die soziale Selektionswirkung des Bildungssystems – und verschleiern zugleich die politische Verantwortung dafür.

**4. Die Behauptung, Studiengebühren würden die Entscheidungsposition von Studierenden innerhalb der Institution Hochschule stärken, ist falsch.** Das Gegenteil ist der Fall. Studiengebühren ersetzen Rechts-, Beteiligungs- und Mit-

**ABS**

**Reuterstrasse 44  
53113 Bonn**

**E-Mail: [abs@studis.de](mailto:abs@studis.de)**

**<http://studis.de/abs>**

wirkungsansprüche durch ein privates Marktverhältnis zwischen Verkäufern und Kunden. Die neue „Freiheit“ der Studierenden wäre daher lediglich negativer Natur. Sie würde sich auf die Möglichkeit beschränken, zwischen Angeboten wählen zu können, auf deren Zustandekommen sie nicht den geringsten Einfluß haben. Wenn etwa Studierende nur noch als KundInnen, nicht mehr als Mitglieder der Universität betrachtet werden, haben sie konsequenterweise auch keinen Anspruch mehr auf selbstverwaltete Strukturen oder Sitz und Stimmrecht in den Hochschulgremien.

## Deswegen fordern wir:

- die grundsätzliche individuelle Kostenfreiheit für alle weiterführenden Bildungswege. Dies bezieht sich nicht nur auf die Ablehnung der direkten Erhebung von Studiengebühren, sondern auch auf alle Modelle von Bildungsgutscheinen und privatem Bildungssparen;
- das eindeutige gesetzliche Verbot von Studiengebühren im HRG und in den Länderhochschulgesetzen. Dieses Verbot muß sich auch auf Verwaltungs-, Zweitstudiums-, Aufbau-/Ergänzungs-/Erweiterungsstudiums-, Langzeitstudiums- und Promotionsstudiumsgebühren erstrecken;
- den Ausstieg der Bundesländer aus Modellversuchen, komplementär zu den staatlichen Hochschulen kleine private oder halbprivate Elitehochschulen zu betreiben, die mit umfangreichen öffentlichem Mitteln subventioniert werden und die Infrastruktur staatlicher Hochschulen mitnutzen, aber dennoch erhebliche Studiengebühren verlangen.
- die grundsätzliche Gleichstellung und gegenseitige Durchlässigkeit allgemeiner, sog. beruflicher und akademischer Bildungswege. Dies erfordert etwa die Abschaffung von privaten Gebühren für Ganztagsberufsschulen und MeisterInnenausbildung.
- die Umsetzung und Einhaltung des 1973 ratifizierten internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, in dem sich die Bundesregierung zur allmählichen Einführung der Unentgeltlichkeit von Hochschulbildung verpflichtet hat (vgl. auch den Passus im Artikel 26 der Menschenrechtsdeklaration der UNO, Dezember 1948).

## „Scharping als Mai-redner ausladen“

Ludwigshafen, den 13.4.1999

An den Deutschen Gewerkschaftsbund  
Ludwigshafen z.Hd. Koll. Toni Brunold,  
an die Ludwigshafener Einzelgewerk-  
schaften:

„Nichts ist schwerer und nichts erfordert mehr Charakter als sich im offenen Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen: NEIN!“ (Kurt Tucholsky)  
In diesem Sinne fordern wir den DGB-Ludwigshafen und alle in ihm organisierten Gewerkschaften in Ludwigshafen auf, sich endlich laut und vernehmlich gegen die Fortsetzung des Nato-Bombardements in Jugoslawien und gegen die verfassungswidrige Beteiligung der Bundeswehr an diesem Angriffskrieg zu wenden. Jedem Gewerkschafter muß zwischenzeitlich klar sein, daß dieser NATO-Angriff seine vorgeblichen Ziele nicht erreicht hat, sondern im Gegenteil täglich Schlimmeres anrichtet.

Die NATO und die beteiligten Regierungen behaupten, durch Bomben Menschenrechte wiederherzustellen. Dieser Krieg selber stellt eine eklatante Verletzung der Menschenrechte dar. Jede Bombe bedeutet weiteres Morden, Zerstörung und Flucht, erzeugt mehr Haß, Feindschaft und Spaltung zwischen den Menschen auf dem Balkan. (...)

Wir fragen uns, weshalb die Kriegsverantwortlichen in der Bundesregierung der Öffentlichkeit den vollständigen Text des Rambouillet-Abkommens, um dessen serbische Unterschrift gebombt wird, verschwiegen haben. Weshalb wurden der jugoslawischen Regierung unannehmable Bedingungen diktiert? (...) Vieles deutet darauf hin: führende Kreise in der NATO wollten diesen Krieg. Ihre Rechtfertigungen sind vorge-schoben. Der DGB muß jetzt seiner geschichtlichen Verantwortung gerecht werden. Wer zu diesem Krieg schweigt oder für ihn gar Verständnis aufbringt, macht sich mitschuldig.

Der DGB muß ein Signal setzen gegen den Krieg, für Völkerverständigung und friedliche Konfliktlösungen. Ein solches Signal ist die Ausladung von „Verteidigungs“-minister Scharping als Sprecher auf der diesjährigen 1.Mai-Kundgebung in Ludwigshafen.

Wir lasten dieser Bundesregierung an: Verstoß gegen das verfassungsrechtliche Verbot eines Angriffskrieges, eklatante Verletzung des Völkerrechts und der UN-Charta, Beihilfe zur Aushöhlung der internationalen Rolle der UNO, Irreführung der Öffentlichkeit, schamlose Kriegspropaganda. Daher halten wir einen Auftritt Herrn Scharpings in Ludwigshafen bei der Maikundgebung für unerträglich. (gekürzt)

Es folgen mehr als 30 Unterschriften

**US-Army baut – Anwohner und Stadt fordern:**

# Kein Ausbau des US-Militärflugplatzes in MA-Sandhofen!

Trotz der All-Parteien-Koalition und Anwohnerproteste gegen den geplanten Ausbau des Coleman-Airfield in Mannheim-Sandhofen betreiben US-Army und ihre deutschen Erfüllungsgehilfen in Behörden und Ministerien weiter ihre Politik der Verharmlosung und der Behinderung der Ausbauegener. Selbst SPD-MdL Max Nagel kommt nicht umhin, das amerikanische Vorgehen mit dem Begriff „Besatzermentalität“ zu beschreiben.

Die folgenden Zeilen sollen einen Abriss der bisherigen Ereignisse und die Folgen für den Norden Mannheims und Ludwigshafens darstellen.

### Für die US-Army gilt kein deutsches Recht?

Die Absicht zur Verlegung von Flugzeugen nach Sandhofen wurde OB Widder am 4.3.1999 in einem vertraulichen Gespräch von dem amerikanischen General mitgeteilt. Widder hat schon damals widersprochen.

Am 12.3. wurde dieser Beschluß offiziell durch das Headquarter in Heidelberg bekanntgegeben. Die Coleman-Startbahn soll um 500 m verlängert und um ca. 10 m verbreitert werden. Es sollen eine Heeresfliegerereinheit von Heidelberg nach Mannheim verlegt und die vorhandenen Ressourcen in Mannheim-Sandhofen besser ausgenutzt werden. Die Coleman Barracks haben eine Kapazität für 10.000 Stellen; z. Z. sind aber nur 1.500 besetzt.

Die Pläne liegen nicht vor, ein Genehmigungsverfahren findet nicht statt, die Stadt Mannheim hat keine Einsicht in Baupläne und den Überlassungsvertrag mit den Amerikanern über die Nutzung des Airfield Mannheim Sandhofen. Widder protestiert und beauftragt Rechtsamt und Bauamt juristische Schritte zu prüfen.

Am 3. Mai (!!) soll Baubeginn sein. Angeblich ist der Beton schon bestellt.

### Der Widerstand formiert sich

Unterdessen nehmen die Anwohner die Angelegenheit in ihre eigenen Hände. Im Stadtteil Scharhof findet eine Versammlung des Vereines „Jetzt reicht's“ statt. Man beschließt eine Plakatierungs-, Flugblatt und Unterschriftenkampagne die auch sofort umgesetzt werden. Es folgen Veranstaltungen in Lampertheim und Blumenau die sehr gut besucht sind. Die Bürger im Norden der Stadt wissen, was sie erwartet. Es gab Zeiten, in denen fast 10.000 Mann in den Coleman stationiert und der Fluglärm und das Verkehrsaufkommen unerträglich waren. Das Interesse an der Nutzung der Res-

sourcen der Coleman-Barracks und die Verlegung der Heeresflieger, die neben Propellerflugzeugen und Hubschraubern auch über Düsenjets verfügen, wird unübersehbare Folgen für den Mannheimer Norden haben.

### Nachtflugbetrieb – Flugbetrieb auch an Wochenenden und Feiertagen

Nach dem Ausbau des Coleman-Airfield muß mit gesteigertem Verkehrsaufkommen, Lärm-Kerosin- und Abgasemissionen gerechnet werden. Die Düsenjets der Heidelberger Heeresflieger dienen als „Luft-Taxis“ der im Heidelberger Headquarter stationierten Generale. Diese werden bei Tag und Nacht und auch an Wochenenden starten. Die Generale werden natürlich mit dem Hubschrauber von Heidelberg eingeflogen. Schon lange vor dem Abflug werden die Jets zum „warm up“ und zum Check aller Funktionen in Betrieb gesetzt. Die geplante Verlängerung und Verbreiterung der Startbahn bedeutet, daß eine massive Zunahme von Starts und Landungen, sowie der An- und Abflug wesentlich größerer Flugzeuge zu erwarten sind.

Die Startbahn kann nach Meinung der Bürgervereins „Jetzt reicht's“ nur in Richtung Süd-West, nach dem Scharhof, nach Sandhofen und nach dem Norden Ludwigshafens hin ausgebaut werden. Bei einer Nord-Ost-Erweiterung in Richtung Bruch wäre ein bis zu 5 m betragender Höhenunterschied zu nivellieren. Nach Aussagen eines Landschaftsbauunternehmens würden alleine die Aufschüttungs- und Verdichtungsarbeiten fast den gesamten Bauetat von 5 Millionen US-\$ verschlingen. Außerdem müßten bei einer Nord-Ost-Erweiterung Eisenbahngleise verlegt, das bisher umzäunte Gelände nach Osten erweitert und in ein Naturschutzgebiet eingegriffen werden. So muß man davon ausgehen, daß das Ende der erweiterten Startbahn sich in einer Entfernung von nur noch 140 m vom Scharhof, 1000-1500 m vom Norden Sandhofens befinden wird. Ca. 3000 m in südwestlicher Richtung befinden sich auf der linken Rheinseite der Ölhafen und die BASF, in ca. 5000 m Entfernung die nördlichen Stadtteile Ludwigshafens, mit Jugendfarm, Naherholungsgebiet, Sportplätzen und Kleingartenanlagen.

### Gesundheitliche und wirtschaftliche Schäden

Flug- und Verkehrslärm, Abgase und unterbrochene Nachtruhe werden die Lebensqualität und Gesundheit der Anwohner erheblich beeinträchtigen. Ge-



sundheitsschädliche Kerosinimmissionen werden in hoher Konzentration im Wohngebiet, in Gärten, und auf den Feldern niedergehen. Kinder und ältere Menschen werden die Hauptleidtragenden sein. Wertverfall von Häusern und Grundstücken um mindestens 30%. Eingeschränkte bauliche Entwicklung, weil Neu- und Ausbauten nicht mehr genehmigungsfähig sind.

#### „Freunde im Bündnis“ oder Besatzer?

Hauptgrund für die Stationierungspläne der US-Army scheint das „Sicherheitsbedürfnis“ der Amerikaner zu sein. Ihr Flugplatz im Pfaffengrund bei Heidelberg wird von einer öffentlichen Straße zerschnitten und kann deshalb nicht eingezäunt und gesichert werden. Angesichts der „weltweiten Tätigkeit“ dieses Übermacht-Instruments fürchten die Rambos feindliche Terroranschläge. Davon glauben sie sich in Mannheim besser schützen zu können.

Nun hat sich in der Quadratestadt noch keine Partei gefunden, die den amerikanischen Plänen zustimmen möchte. Auch Verwaltung und Anwohner lehnen den Coleman-Ausbau ab.

Am 18. März berichtete die lokale Presse, daß Widder Unterstützung seitens Landes- und Bundesregierung erwarte. Das gleiche Blatt meldet am 13. April, daß Stellungnahmen von Land und Bund noch nicht vorliegen. Am 15. April erfahren wir, daß der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Ludger Vollmer, auf Anfrage der Grünen sein Verständnis für die Sorgen der Betroffenen bekundet und erklärt, daß nach dem „in Richtung einer partnerschaftlichen Gleichstellung der Vertragspartner fortentwickelten“ NATO-Truppenstatuts Genehmigungen eingeholt werden müßten, auch der Ausbau eines Militärflugplatzes der luftverkehrsrechtlichen Genehmigung bedürfe, entsprechende Anträge bisher weder beim Bundesminister für Verkehr noch bei dem für Verteidigung eingegangen sind. (*Rheinpfalz* v. 15. 4. 1999) Ob diese Auslegung des NATO-Truppenstatuts realistisch ist (...)?

Die Grünen haben sich vertrauensvoll an den „Sehr geehrten Herrn Außenminister Fischer“ gewandt und gebeten, er möge „Verhandlungen mit der US-Regierung führen, um zeitgemäße demokratische Verträge über die Stationierung von US-Truppen in Deutschland abzuschließen.“

Nun bemüht sich unsere Bombenmannschaft Schröder-Scharping-Fischer zwar vehement, im Konzert der heißen Krieger ihren Part zu spielen. Damit werden sie aber nicht frei, sondern nur mitschuldig. Der große Bruder wird schon dafür sorgen, daß die US-Army in Europa unentbehrlich bleibt. Deshalb wird auch nicht die große Politik, sonder nur der entschlossene Widerstand der Betroffenen und die Solidarität der Region den Ausbau des Coleman-Airfields verhindern. (WFS)

## Kampagne gegen Wehrpflicht

# „Neuer Reichstag, neuer Krieg“

Berlin. Mitarbeiter der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär haben heute (25. April) am Reichstag ein Transparent mit der Aufschrift „Neuer Reichstag, neuer Krieg“ befestigt. Das Transparent wurde von der Besucherterasse über dem Südportal des Reichstages aus entrollt. Die Kampagne gegen Wehrpflicht protestiert damit gegen die Unterstützung der NATO-Angriffe auf Jugoslawien durch die deutsche Regierung.

54 Jahre nachdem der Reichstag von der Sowjetarmee erobert wurde, machen sich die Volksvertreter wieder auf den Sprung. Der Wechsel von Bonn nach Berlin wird zum Wechsel von zurückhaltender Außenpolitik zu offenen Kriegseinsätzen. Damals wie heute gibt es im Reichstag kaum Protest gegen den Krieg. Die Koalition aus CDU / CSU / FDP / SPD / Bündnis 90 ruft zu den Waffen, und nur ein paar versprengte Grüne und die PDS lehnen den Krieg ab.

Der Deutsche Bundestag zieht nicht nur – zufällig – pünktlich zu Kriegsbeginn in den Reichstag um. Er macht auch damit weiter, womit der kaiserliche und der nationalsozialistische Reichstag aufgehört hat: er führt Krieg. Die militaristische Vergangenheit ist der wichtigste Traditionsstrang, an den im Reichstagsgebäude angeknüpft werden kann. Und die Abgeordneten des Bundestages geben ihr Bestes, dies auch umzusetzen.

Ob 1914, 1939 oder 1999: Deutschland strebt nach Weltgeltung, nach einem „Platz an der Sonne“, wie es vor dem Ersten Weltkrieg formuliert wurde. Die meisten Opfer dieses Machtstrebens bilden dabei regelmäßig „slawische Völker“, die gegenüber der eigenen Bevölkerung anscheinend problemlos als Feindbilder aufgebaut werden können. Auch heute will Deutschland wieder wer sein in der Welt und macht beim Bomben mit.

Von deutschen Reichstagen geht Krieg aus – egal ob im Namen von Kaiser, Führer oder Volk. Schon die erste Sitzung des neuen Reichstages war eine Sitzung in Kriegszeiten. Wenn den Kriegsplanern niemand auf die Finger schlägt, wird es nicht der letzte Krieg sein, der von diesem Haus ausgeht. Aus diesem Grunde gibt es hier nichts zu feiern. Im bestaunten Reichstag arbeiten Leute, die sich die Zustimmung zu Kriegseinsätzen bezahlen lassen. Gegen deutsche Traditionslinien – Kriegspolitikern das Handwerk legen ist das Gebot der Stunde! Die Kampagne gegen Wehrpflicht wird sich auch in Zukunft das Recht nehmen, dies am Reichstag zu demonstrieren – an dem Ort, am dem über Kriege entschieden wird.

Wir rufen auf, Kriegsdienste zu verweigern. Von Soldaten erwarten wir, Befehle zu verweigern.

(Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Berlin, 25.4.99)



**Kundgebung im KZ Buchenwald  
anlässlich des 50.Jahrestags  
der Selbstbefreiung**

**Gedenkstättenleiter in Buchenwald instrumentalisiert KZ-Opfer für Angriffskrieg**

## Naziopfer in Buchenwald beleidigt

Der Leiter der Buchenwald-Gedenkstätte, Dr. Knigge, hat die Feiern zum 54. Jahrestag der Selbstbefreiung der Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald am 11. April zur Rechtfertigung der NATO-Angriffe

auf Jugoslawien mißbraucht. Heftiger Protest der anwesenden Überlebenden war die Folge. Hier ein Bericht aus „Leipzigs Neue“.

Auf dem Appellplatz des ehemaligen

Konzentrationslagers trafen aus Anlaß des 54. Jahrestages der Selbstbefreiung der Häftlinge des KZ Buchenwald Überlebende und Antifaschisten der Nachkriegsgeneration zusammen. Tiefe Betroffenheit war den ehemaligen US-amerikanischen Soldaten und den immer weniger werdenden Buchenwaldern anzusehen, denn dieser 11. April unterschied sich von allen vorangehenden Jahrestagen. Seit über zwei Wochen hat die NATO und mit ihr die Bundeswehr einen Angriffskrieg gegen ein Mitglied der ehemaligen Antihitlerkoalition vom Zaune gebrochen.

Angesichts dessen war die Ansprache des Gedenkstättenleiters Dr. Knigge eine ungeheuerliche Beleidigung der Nazi-Opfer. Er verstieg sich dazu, den Kampf der Buchenwalder um ihre Menschenrechte als Begründung für das Bombardement Jugoslawiens zu mißbrauchen. Massiven Protest gegen diese Äußerungen glaubte er mit dem Kommentar abtun zu können, jene, die seine Meinung nicht teilen, seien noch nicht aus ihrem ideologischen Käfig herausgekommen.

Daß die Gedenkstätte in Buchenwald ebenso wie die in Auschwitz zur ideologischen Rechtfertigung von Angriffskriegen umgedeutet werden soll, wird aber auch dadurch deutlich, daß ein Bundeswehroberst einen Kranz im Auftrag des Herrn Scharping niederlegte.

Auf der am Nachmittag stattfindenden Kundgebung des Internationalen Buchenwaldkomitees war zu hören, was die ehemaligen Häftlinge und die Antifaschisten unserer Tage von diesem Krieg und seinen geistigen Vätern halten. Pierre Durand, ehemaliger Buchenwaldhäftling und Vorsitzender des Internationalen Lagerkomitees, verlas eine mit viel Beifall aufgenommene Stellungnahme, in der die Verurteilung des Krieges und die Solidarität mit allen seinen Opfern und den jugoslawischen Kämpfern gegen den Faschismus deutlich zum Ausdruck gebracht wurden. Er unterstrich, daß der Schwur der Buchenwalder nach wie vor aktuell ist:

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus! Eine ukrainische Kameradin, die über Buchenwald nach Ravensbrück verschleppt wurde, brach nach den ersten Sätzen ihres Beitrages in Tränen aus. Ihr Leidensweg und der Tod ihres Vaters machten überdeutlich, wohin Kriege führen und wer die Last dieser Verbrechen zu tragen hat.

Der Vorsitzende des VVN/BdA aus Thüringen, Kamerad Elm, machte deutlich, daß der Bruch des mit den Opfern des zweiten Weltkrieges viel zu teuer bezahlten Völkerrechtes die Menschheit in den Abgrund eines neuen großen Krieges treibt.

In der Straße der Nationen lagen an der Stele der jugoslawischen Opfer besonders viele Blumen. Dabei kann und darf es nicht bleiben.

(K.H., in: Leipziger Neue Nr. 8/99 vom 16.4.99)

**Kosovo-Krieg:** München. Der Ausländerbeirat der Stadt verurteilt den Krieg und die Vertreibung im Kosovo. Er ruft all hier lebenden Serben und Albaner auf, die Ruhe und Besonnenheit im Umgang miteinander zu bewahren. Der Konflikt darf nicht nach München übertragen werden. Dies würde eine große Gefahr für den Frieden und das bisher beispielhafte Zusammenleben der Volksgruppen aus dem ehemaligen Jugoslawien und den anderen Nationalitäten, Kulturen und Religionen in der Stadt bedeuten. Der Krieg in Kroatien und Bosnien hat gezeigt, daß die Konfliktparteien hier durchaus friedlich zusammenleben können. Ihre Aktionen und Demonstrationen sollten sie nicht gegeneinander, sondern gegen den Krieg richten.

**Flüchtlinge:** Münster. Die Ratsfraktion der Grünen will beantragen, daß die Stadt Flüchtlinge aus der Kriegsregion, gleich welcher Nationalität, großzügig aufnimmt, ihnen Aufenthaltsrecht zugesteht und sich für eine derartige Praxis in Land und Bund einsetzt. Auf Rückführungen und Ausweisungen in das Krisengebiet soll verzichtet werden.

**Kommunalabgaben:** Dresden. 200 Vertreterinnen und Vertreter von etwa 80 Bürgerinitiativen und KommunalpolitikerInnen haben auf Einladung der PDS-Fraktion über Möglichkeiten beraten, die hohe Belastung der Bürgerinnen und Bürger mit Kommunalabgaben zu reduzieren und diese Abgaben sozialverträglich zu gestalten. Nach Auffassung der PDS ist eine Novellierung des Kommunalabgabengesetzes unabdingbar, um der Explosion von Gebühren und Beiträgen Einhalt zu gebieten. Die PDS-Fraktion legte ein Gesamtverzeichnis der Kommunalabgaben, Grund- und Gewerbesteuern vor, mit denen die Bürgerinnen und Bürger in Sachsen belastet sind. Vertreter von Bürgerinitiativen kündigten an, daß sie noch vor der Landtagswahl in Sachsen einen Volksantrag mit dem Ziel starten werden, eine Wiederholung des Abwasserdesasters im Abfallbereich durch den forcierten Bau mehrerer Müllverbrennungsanlagen zu verhindern.

**Kommunalwirtschaft:** Bonn. „Mit Sorge“ würde eine generelle Ausweitung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen betrachtet, verlautbarte dieser Tage das Bundesinnenministerium in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage in BT-Drucksache 14/770. Dieser „nicht richtige Weg“ könnte zu Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der privaten Wirtschaft führen. Damit bleibt das neue Kabinett dem Credo des alten treu, daß sich die öffentliche Hand aus unternehmerischer Betätigung zurückziehen soll. Dazu erklärte der kommu-

nalpolitische Sprecher der PDS-Fraktion, Uwe-Jens Rössel, daß beileibe kein Boom der Kommunalwirtschaft zu vermelden sei. Eher das Gegenteil. So hat die Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts im Frühjahr 1998 ermöglicht, daß private Energieversorger Großkunden aus dem bisherigen Kundenkreis der Stadtwerke herausbrechen dürfen. Was sich massiv auf die Ertragslage der Stadtwerke und auf die steuerrechtliche Möglichkeit, mit Stadtwerksgewinnen u.a. Sozialpässe zu finanzieren, auswirkt. Ohne Kommunalwirtschaft ist die vom Grundgesetz geschützte kommunale Selbstverwaltung undenkbar. Eine gesetzgeberische Erweiterung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen ist nötig, nicht deren Begrenzung.

**Investitionsstau:** Bonn. Die Diskussion über eine Unternehmenssteuerreform verunsichert nach Feststellung des deutschen Städte- und Gemeindebundes zunehmend die Kommunen und beeinträchtigt deren Investitionsbereitschaft. Notwendige Investitionen würden zurückgestellt, da nicht sicher sei, wie viele Haushaltsmittel zur Verfügung stünden. Die Gewerbesteuer sei mit einem jährlichen Aufkommen die wichtigste Steuerquelle der Gemeinden. Es könne nicht erwartet werden, daß sich die Gemeinden auf eine Diskussion um deren Abschaffung einließen.

**Trinkersatzung I:** Pinneberg. Die Ratsversammlung will für die Fußgängerzone eine Sondernutzungssatzung verabschieden, um gegen Personen bei „übermäßigem Alkoholgenuß“ Platzverweise aussprechen zu können. In mehreren Initiativen haben die Obdachlosenberatung, der Diakonieverein sowie die GAL die Stadt darum gebeten, auf diese Sondersatzung zu verzichten. Die Probleme mit alkoholisierten „Cafe-Linde-Besuchern“ ließen sich per neuer Satzung nicht lösen. In einem Appell an die Stadt, den 34 Betroffene sowie Sozialarbeiter unterschrieben haben, werden „sozialverträgliche Lösungen statt Platzverweise“ gefordert.

**II: Elmshorn.** 1200 Unterschriften haben die Punx in kürzester Zeit gegen die „Trinkersatzung“, die der Polizei die Handhabe gibt, sie aus der Innenstadt zu vertreiben, gesammelt. Dies ist ein wichtiger Erfolg im öffentlichen Diskurs gegen eine fast geschlossene Koalition aus Politik und öffentlicher Meinung.

Im Zusammenhang mit ihrer öffentlichen Initiative gehen die Punx auch rechtlich vor, so mit einem Normenkontrollverfahren beim Oberverwaltungsgericht in Schleswig. Drei Punx klagen beim Verwaltungsgericht gegen eine konkrete Maßnahme von Polizisten.

Zusammenstellung: ulj



# Beschäftigungs- und Standort- sicherung

Am Sonntag, den 18.4.99, trafen sich knapp 100 Vertrauensleute der IG Metall bei Mannesmann Sachs zu einer außerordentlichen Vollversammlung, um die Positionen von Betriebsrat und IG Metall zu aktuellen und absehbaren unternehmerischen Entwicklungen zu beraten. Ergebnis war die Verabschiedung von Eckpunkten (vorläufiger Entwurf) für eine Standort- und Beschäftigungssicherungs-Betriebsvereinbarung, die von der Geschäftsleitung eingefordert werden soll.

Hintergrund ist insbesondere die Befürchtung erheblicher Beschäftigungsrisiken im Zusammenhang mit unterschiedlichsten Projekten bei der Neuausrichtung des Unternehmens wie z.B.:

- Dezentralisierung von bisher zentralen Servicebereichen (Technische Dienste, Arbeits- und Umweltschutz, Materialwirtschaft, Versand, Fuhrpark, usw.)
- Konzentration auf das Kerngeschäft (geplanter Verkauf der Lüfterkupplung, laufende Analyse der Kernkompetenzen des Bereichs Umformtechnik)
- Konzentration auf „wertschöpfende“ Produktion (Verlagerung von C-Teilen in Billiglohnbetriebe, Reduzierung der Fertigungstiefe und Einschränkung auf die Endmontage)
- Neuausrichtung der einzelnen Standorte im Rahmen des internationalen Produktverbunds (Produktbereinigungen, Beschränkung auf die Belieferung des europäischen Marktes, Leistungsvergleich zwischen den Produktionsstandorten)
- Rationalisierungsprojekte (Neustrukturierung der Produktion nach dem Prinzip der Fließfertigung)
- Weitere Aufspaltung des Betriebs Schweinfurt der Mannesmann Sachs AG in kleinere, selbständige Unternehmen, verbunden mit einer Zersplitterung und Schwächung der Interessenvertretung

In den vergangenen Jahren hat die Mannesmann Sachs AG hervorragende wirtschaftliche Ergebnisse erzielt (BBV-Rendite 1998 16 %). Vertrauensleute und Betriebsräte der IG Metall mahnen mit ihrem Forderungspaket an, daß auch längerfristig die BBV-Rendite nicht der einzige Erfolgsmaßstab sein soll, sondern ebenso die Arbeitsbedingungen und die Beschäftigungsbilanz am Standort und in der Region.

cls

## Eckpunkte des Betriebsrats und des IG Metall-Vertrauenskörpers

### 1. Beteiligung des Betriebsrats bei der Unternehmensplanung

- Frühzeitige, umfassende Unterrichtung und Mitwirkung des Betriebsrats bei Projekten und Maßnahmen (Produktentscheidungen, Verlagerungen, Standortentscheidungen, Dezentralisierung, etc.)
- Schriftliche Unterrichtung über Projektergebnisse vor Beschlußfassung im Vorstand

### 2. Unterstützung des Betriebsrats durch Sachverständige

- BR entscheidet über Hinzuziehung eines Sachverständigen

### 3. Standort- und Beschäftigungs-garantien

- Festschreibung der Funktionen am Standort
- Festschreibung der Produktbereiche, Produktgruppen (einschließlich Lüfterkupplung) und der Fertigungstiefe (Einzelteillfertigung, Vorprodukte und Vorleistungen, ...)
- Fremdvergabe nur bei entsprechender Ersatzbeschäftigung
- Prüfung von Fremdleistungen auf Ersatz durch Eigenproduktion
- Garantie einer Mindestbeschäftigtenzahl bis zum 31.12.2004
- Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen / Kündigungen nur nach Zustimmung des BR bzw. der Einigungsstelle

### 4. Ausbildung hat Zukunft am Standort

- Festschreibung der Ausbildungszahlen bis 2004 / Überprüfung einer Erhöhung
- 1999: Unbefristete Übernahme aller Auszubildenden
- Zielsetzung: Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis während der Laufzeit

### 5. Maßnahmen zur Beschäftigungs-sicherung

- Interne Versetzungen auch geschäftsbereichsübergreifend zum Personalausgleich
- Regelmäßige Beratung der Personalplanung mit dem Betriebsrat
- Einstellungen in der Regel mit der Zielsetzung unbefristeter Übernahme
- Modernisierung von Arbeitszeitregelungen

unter Beibehaltung der Eckpunkte:

- betriebliche Regelarbeitszeit max. 40 Stunden/Woche
- Verteilung auf Montag – Freitag
- Zusatzschichten am Wochenende sind Mehrarbeit mit entsprechenden Zuschlägen

- Kein Verzicht auf Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats bei Lage und Verteilung der Arbeitszeit, Anfang und Ende der täglichen Arbeitszeit
- Flexible Arbeitszeitmodelle und erweiterte Arbeitszeitsalden als Reaktionsmechanismen auf Produktionsschwankungen
- Freizeitausgleich für Mehrarbeit alternativ ab der 1. bzw. 9. Mehrarbeitsstunde / Monat, Zuschläge in Geld
- Erprobung täglicher Arbeitszeitflexibilisierung in der Produktion
- Neue Arbeitszeitinitiativen (vorübergehende Reduzierung der IRWAZ, Sabbaticals)
- Ausweitung dauerhafter Teilzeitarbeit
- Anwendung von Kurzarbeit oder Beschäftigungssicherungs-TV in Krisensituationen

### 6. Verstärkte Qualifizierung, um die Chancen der Beschäftigten zu erhöhen (Betriebsvereinbarung Qualifizierung)

### 7. Interessenausgleich Dezentralisierung

- Festschreibung der Funktionen, die zentral bleiben
- die dezentralisiert werden
- die trotz dezentraler Zuordnung Servicefunktionen für den gesamten Standort ausüben
- Einvernehmliche Regelung mit dem BR im Falle künftiger Neukonzipierung dezentralisierter Funktionen in den Geschäftsbereichen
- Paritätische Kommission zur Regelung von Einzelfragen, der personellen Zuordnungen, zur Festlegung der künftigen Arbeitsaufgaben und der entsprechend erforderlichen Qualifizierungen

### 8. Umformtechnik

- Die Umformtechnik hat als interner Zulieferer Vorrang vor externen Zulieferern

### 9. Gemeinschaftsbetrieb

- Auch bei rechtlicher Verselbständigung einzelner Unternehmensteile in Zukunft wird der Standort Schweinfurt der Mannesmann Sachs AG als Gemeinschaftsbetrieb betrachtet und damit eine einheitliche Interessenvertretung gewährleistet.
- Personalaustausch zwischen den Geschäftsbereichen (Konjunktur)
- Garantie und Verteidigung gleicher Arbeitsbedingungen
- Schutz für Holdingsbereich
- Ausbildung bleibt Angelegenheit des Gemeinschaftsbetriebs

## Ötv und DAG: „Abwenden vom regionalen Energieerzeuger ist ein Skandal“

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat beschlossen, zukünftig seinen Strom aus Baden-Württemberg zu beziehen, um damit Geld einzusparen. Wir dokumentieren eine Presseerklärung von ÖTV und DAG, die diesen Schritt kritisieren:

Auf scharfe Kritik stößt die Entscheidung des Berliner Parlamentspräsidenten über einen Wechsel des Stromversorgers für das Berliner Abgeordnetenhaus bei den Gewerkschaften DAG und ÖTV Berlin. Dieser bundesweit einmalige Vorgang, bei dem ein Landtag sich gegen den regionalen Energieversorger wendet, bedrohe nicht nur die Arbeitsplätze, sondern beschädige darüber hinaus auf Dauer die Glaubwürdigkeit der Umwelt- und Energiepolitik in Berlin. Mit dem Abwenden vom örtlichen Energieerzeuger Bewag würde man sich zudem nicht nur aus der Verantwortung stehlen, sondern die Politiker hätten sich sogar völlig von ihr verabschiedet und würden dazu sogar Vertragsbruch begehen.

### Negative Signalwirkung

Beide Gewerkschaften betonten, dass die Auftragsvergabe an die EnBW, Energie Baden-Württemberg AG, eine negative Signalwirkung habe:

Berlin zieht sich mit einem solchen Beschluß aus einer attraktiven Umweltpolitik zurück, gefährdet Arbeitsplätze, bricht den Stadt-Vertrag und geht einem Dumping-Konzept auf den Leim. EnBW will nur bei diesem Prestigeobjekt von sich Reden machen, während es im Heimatmarkt Preise hat, die 40 Prozent über dem Angebot an das Abgeordnetenhaus liegen und damit denen der Bewag voll vergleichbar sind.

Dazu kommt, dass das Berliner Parlament bei allem Zwang zur Einsparung von Steuermitteln nicht nur finanzielle Entscheidungen zu treffen hat, wenn es um die Stromversorgung geht.

### Zu 51% französischer Atomstrom

Während die Bewag vornehmlich auf Eigenenergie setzt und mit umweltfreundlicher Kraft-Wärme-Kopplung arbeitet sowie dem Parlament zusätzlich Strom aus regenerativen Quellen (Wind und Sonne) liefert, die der Senat ursprünglich fördern wollte, besteht die Lieferung aus nach dem EnBW-Vertrag zu 51 Prozent aus französischem Atomstrom. Damit verstößt der Senat gegen seine eigenen Grundsätze einer ökologisch sinnvollen Energieversorgung.

Darüber hinaus sollte das Berliner Abgeordnetenhaus beachten, daß aufgrund des Prestigecharakters dieser umweltfreundlichen Stromversorgung

außerdem Geld hinzuverdient werden könnte, wenn man diese Stromversorgung anderen, außerhalb Berlins liegenden Stromversorgern anbietet, versehen mit der „Referenz des Berliner Parlaments“.

Es ist außerdem völlig unverständlich, weshalb die Bewag als einer der größten Arbeitgeber in Berlin, der Investitionen in Milliardenhöhe tätigt und hohe Steuerabgaben leistet, bei der Vertragsvergabe außen vorgelassen wird, zumal die Bewag aktuell eine Konzessionsabgabe in dreistelliger Millionenhöhe an das Land entrichtet.

„Der Berliner Politik muss klar sein, dass eine solche Entscheidung nicht nur ein falsches Signal in der Umwelt- und Energiepolitik ist, sondern darüber hinaus falsche Signale an potentielle Investoren am Standort Berlin sendet. Offensichtlich geht es der Parlamentsverwaltung aber darum, zu kurz gedachte Machtspielchen zu spielen und in Kauf zu nehmen, dass der Rest an Glaubwürdigkeit in der Berliner Politik verspielt wird“, betont der DAG-Landesverbandsleiter Berlin/Brandenburg, Hartmut Friedrich.

### Arbeitsplatzabbau und ökologische Fehlentscheidungen

Der stellvertretende Berliner ÖTV-Vorsitzende, Ernst-Otto Kock, weist außerdem darauf hin, dass der Stadtvertrag, der mit der Bewag geschlossen wurde und der bis zum 30. September 2002 gelten würde, auch das Abgeordnetenhaus betreffe.

„Wenn dieser Vertrag nicht eingehalten wird, sind die Politiker nicht nur für Arbeitsplatzabbau und ökologische Fehlentscheidungen verantwortlich, sondern sie begehen zudem noch Vertragsbruch.“

Die beiden Gewerkschafter fordern die Abgeordneten daher auf, diese Entscheidung zu überdenken, den Vorstand der Bewag fordern sie auf, alle rechtlichen Schritte gegen den Vertrag auszu-schöpfen und nötigenfalls die Durchleitung des Stroms zu verweigern und die Kündigung der Wärmelieferung zu prüfen.

*(Gemeinsame Presseerklärung von ÖTV Berlin und DAG vom 11.3.99)*

## Sonntagsrebell vom Potsdamer Platz

So werden Händler am Potsdamer Platz genannt, die absichtlich und unter Inkaufnahme von Bußgeldern sonntags ihre Geschäfte öffnen. Diese Bezeichnung wird in den Zeitungen absichtlich benutzt, um ihnen ein positives Image anzuhängen. Unterstützung erhalten die Händler natürlich von der CDU, FDP und Teilen der SPD wie auch von der Berlin Tourismus Marketing GmbH (BTM). Während letztere lauthals Öffnungszeiten rund um die Uhr fordert, schränkt sie selbst ihren Service von derzeit 20 auf 18 Uhr ein.

Die Angriffe auf das Ladenschlußgesetz sind jedoch ernst zu nehmen. Die SPD-Wahl-„Führungsquadriga“ (Momper, Böger, Strieder, Fugmann-Heesing) plädieren in einem Papier zur Modernisierung Berlins für Öffnungszeiten an allen Werktagen bis 22 Uhr. Die CDU unterscheidet sich nur vom Sonntagsverkauf von der BTM, ansonsten will sie von Montag bis Samstag die 24-Stunden-Öffnung durchsetzen. Lediglich die SPD-Arbeitssenatorin Schöttler widerspricht (noch), sie will erst das von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Gutachten über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen abwarten, das im Herbst fertig sein soll.

Um die gesetzlichen Bestimmungen zu umgehen, werden aberwitzige Konstruktionen angewandt bzw. geplant. So soll der Potsdamer Platz – bekanntlich ein Bürokomplex von Debis, Sony, Banken mit ganz wenigen Wohnungen, 2 Kinocentern und einer Ladenpassage (Arkaden) – zum Ausflugs- und Erholungsgebiet erklärt werden. Dann sind auch Öffnungszeiten am Sonntag – ohne vorherige Genehmigung – möglich. Aber „leider“ gilt diese Genehmigung nur vom 1. Märzsonntag bis 3. Oktobersonntag und nur für bestimmte Waren (Tabak, Berlinandenken und -bücher, Obst, Milch- und Süßwaren). Am 18.4. machten dann zwei Kontrolleurinnen vom Landesamt für Arbeitsschutz vorerst Schluß. Ein Ordnungsgeld in Höhe von DM 1000 für einen Tabakladen war fällig. Andere Ladenbesitzer hatten entgegen ihrer Ankündigung nicht geöffnet, nachdem das Landesamt ihnen ein fünfstelliges Bußgeld angedroht hatte. Trotz des Medienrummels und der Unterstützung durch die FDP konnten an diesem Tag nur 700 Unterschriften für Sonntagsverkauf gesammelt werden – bei (angeblich) 40–45 000 Besuchern am Wochenende.

(har)

**Letzte Meldung:** Nach einer Vielzahl von Erklärungen und Beschlüssen aus den verschiedensten Betrieben und Gewerkschaften fordert jetzt auch die IG Metall die „Einstellung der Luftangriffe“ und „von der jugoslawischen Regierung die Beendigung des blutigen Terrors gegen die albanische Bevölkerung und den sofortigen Stopp aller militärischen und paramilitärischen Aktionen im Kosovo.“



## 60000 Banker im Streik

Bundesweit haben in den letzten Wochen 60.000 Bankangestellte gegen die Absicht der Banken gestreikt, den Sonnabend wieder als Regelarbeitstag einzuführen und das 13. Gehalt „leistungsbezogen“ umzuwandeln. So soll in den Filialen, in „Bankshops“, zur Wahrnehmung von Kundenterminen, im internationalen Handelsgeschäft, im Investmentbanking der Sonnabend ein normaler Arbeitstag werden wie ein Montag – ganz ohne Zuschläge. Am 29. März 1999 waren deshalb die Verhandlungen gescheitert, einen neuen Verhandlungstermin gibt es nicht. Statt dessen zahlen die Banken seit dem 1. April – ohne abgeschlossenen Tarifvertrag – eine Gehaltserhöhung von 3,1 %, was ihrem letzten Gehaltsangebot vom 29. März entspricht.

### Gewerkschaften stellen Ultimatum

Am 15. und erneut am 22. Und 23. April beteiligten sich in Berlin 6-7.000 Beschäftigte aus dem Bankgewerbe an ganztägigen Arbeitsniederlegungen. Da die beiden Gewerkschaften HBV und DAG lediglich rund 20% der 28.000 Bankbeschäftigten organisiert haben, dokumentieren diese Zahlen, daß sich auch gewerkschaftlich Nichtorganisierte an diesen Streiks beteiligen. Betroffen waren vor allem Filialen der Bankgesellschaft Berlin (Berliner Sparkasse und Berliner Bank). HBV und DAG verzeichnen derzeit viele Gewerkschaftseintritte und gehen davon aus, daß rund die Hälfte der Streikenden Nichtmitglieder sind. Die Gewerkschaften haben den Bankarbeitgebern ein Ultimatum gestellt: Wenn bis Ende April kein Tarifabschluß zustandegekommen ist, soll Anfang Mai ein bundesweiter Großstreik und eine zentrale Kundgebung in Frankfurt stattfinden. Im Tarifbereich Banken gibt es kein for-

Die Belegschaften sollen auf diese Art gespalten werden, um den Widerstand gegen die Sonnabend-Arbeit zu brechen. Dies hat bisher nicht funktioniert: nach den großen ganztägigen Streiks vor der Verhandlungsrunde, an der sich Ende März über 20.000 Banker beteiligten, gab es am 15./16. April die nächsten großen Streiktage mit noch mal über 20.000 Teilnehmer/Innen. Für die nächsten Wochen sind weitere Streiks geplant, z.B. für Berlin 2-Tage-Streiks, sowie für den 6. Mai ein bundesweiter Streiktag mit einer Sternfahrt nach Frankfurt. Um die geplanten dauerhaften Verschlechterungen bei Gehalt und Arbeitsbedingungen abzuwehren, ist offensichtlich ein zäher Kampf erforderlich, den die Bankangestellten auch annehmen. res

melles Schlichtungsverfahren, Arbeitgeber und Gewerkschaften müssen selbst zu einem Abschluß finden. Nach Presseberichten sollen die Arbeitgeber „versöhnliche Töne“ angeschlagen haben. „Wir hängen das Thema Sonnabendarbeit nicht so hoch“, wird die Geschäftsführerin des Arbeitgeberverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken, Kaiser, zitiert. Der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes des privaten Bankgewerbes, Stein, kritisiert, daß die Gewerkschaften aus dieser Frage ein Grundsatzzproblem machen. Man wolle weder an der 5-Tage-Woche noch an den Zuschlägen etwas ändern. Allerdings soll der bisherige Zuschlag von 50% nur dann gezahlt werden, wenn durch die Arbeit am Samstag die tarifliche Wochenarbeitszeit von 39 Stunden überschritten werde. Die Gewerkschaften wollen aber diese Arbeit durch freie Tage inklusive Arbeitszeitfaktor (1,3-1,5) ausgleichen. har

### Druckindustrie – Kapitalisten wollen unter drei Prozent durchsetzen

Am Zweiten Verhandlungstag der Lohnrunde für die Druckindustrie wiederholte die Arbeitgeber ihre Position, daß der Lohnabschluß an das niedrige Niveau der vergangenen Jahre anschließen müsse. Andere Abschlüsse wie z. B. der metallverarbeitenden Industrie lehnten sie als Maßstab für die Druckindustrie ab, da sich die wirtschaftliche Lage derzeit angeblich verschlechterte. Die IG Medien wies demgegenüber nach, daß sich die positive Entwicklung der vergangenen Jahre in diesem Jahr fortsetze (4 % Produktionssteigerung im Februar gegenüber Feb. 98). Produktivitätssteigerungen von 4 bis 5 Prozent in den vergangenen Jahren steht eine Stagnation der Reallöhne gegenüber, wobei gleichzeitig im Schnitt jährlich 5 % der Arbeitsplätze abgebaut wurden. Die Produktivitätssteigerungen sind von den Unternehmern für Rationalisierung und Arbeits-

platzabbau genutzt worden. Für die Beschäftigten blieben Leistungsverdichtung, mehr Streß und schmalere Reallohn. Zu den zahlreichen Resolutionen von Belegschaften, die einen akzeptablen Abschluß forderten, meinten die Funktionäre des Bundesverbandes Druck provozierend, diese Proteste seien von der IG Medien „mühsam inszeniert“, während die Belegschaften in Wirklichkeit zufrieden seien. Nachdem infolge dieser Provokationen die Verhandlungen unterbrochen werden mußten, bot der BVD Druck 2,8 % bei einer Laufzeit von 12 Monaten an und dokumentierte damit, daß er einen Abschluß weit unter Metall durchsetzen will. Das Angebot wurde von der IG Medien als unannehmbar abgelehnt. Die nächsten Verhandlungen finden am 6. Mai statt, am 30. April endet die Friedenspflicht. ulj

### Einzelhandel befürchtet Verlust von 30 000 Arbeitsplätzen.

– HB, Mittwoch, 14.4.99: – Der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels verlautbart, die Neuregelung der 630-DM-Jobs ... benachteiligten insbesondere die Klein- und Mittelbetriebe. ... Von den 500 000 geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen im Einzelhandel werden nach Schätzung des HDE nach der Novelle mindestens 150 000 wegfallen.

### Trend zu Gesundheits-Kaufhäusern. –

HB, Donnerstag, 22.4.: – Das Handwerk hat die Bundesregierung aufgefordert, eine trennscharfe Abgrenzung zwischen ärztlicher und gewerblicher Tätigkeit zu gewährleisten und dem Eindringen von Ärzten in den Gewerbebereich der Gesundheitshandwerke (z.B. Hörgeräteakustiker oder Zahntechniker) entschieden entgegenzutreten. Eine strikte Trennung zwischen ärztlicher und gewerblicher Tätigkeit sei auch mit Blick auf die Kosten der Krankenversicherung bedeutsam. „Je mehr Zusatzeinkünfte der Arzt über den Verkauf von Hilfsmitteln erzielt, desto größer könnte sein Interesse an der Verschreibung von Leistungen über das medizinisch Gebotene hinaus sein“ fürchtet der ZDH. Ärzte, die „Gesundheits-Kaufhäuser“ in ihren Praxen einrichteten, gefährdeten damit nicht nur Arbeits- und Ausbildungsplätze in den Gesundheitshandwerken, sondern auch eine qualitativ hochwertige Versorgung der Verbraucher.

### Keine Ungleichbehandlung der Berliner Bundesbeschäftigten!

„Zu teuer!“ lautet die Antwort des Bundesinnenministeriums auf die Forderung der ÖTV. Die Gewerkschaft fordert eine Sonderstellung für Berlin zur Überwindung der gegenwärtigen Tarifmauer zwischen dem Ost- und dem Westteil für Bundesbeschäftigte. Laut Einigungsvertrag bildet die ehem. DDR, einschließlich Ost-Berlin, ein eigenes Tarifgebiet. Zur Zeit erhält ein Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes im Osten 86,5 % des Westentgelts und muß statt der 38,5 Std. im Westen 40 Stunden arbeiten. Die Landesbeschäftigten Berlins wurden durch ein Sondergesetz vom Senat tariflich gleichgestellt.

### Neue Kriterien für Scheinselbständige.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BdA) legte neue Kriterien für Scheinselbständige vor: In die Sozialversicherung soll nur einbezogen werden, wer keine Arbeitnehmer beschäftigt, dauerhaft und ausschließlich für einen Auftraggeber und nicht unternehmerisch am Markt tätig wird.

Die Mitglieder des **Bundesparteirates des PDS (BPR)** diskutierten zunächst die aktuelle politische Lage im Angriffskrieg auf Jugoslawien. Die PDS ist die einzige Partei im Bundestag, die ihre Stimme gegen den Krieg erhebt. Ausdrücklich wurde die engagierte Arbeit des Vorstandes und der Bundestagsfraktion begrüßt. Der BPR findet es richtig, daß die PDS eine/n eigene/n Kandidat/in als Bundespräsident/in vorschlagen will (inzwischen gibt's mit Uta Ranke-Heinemann ja auch eine prominente Bewerberin). Die Losung auf den Wahlplakaten „Europa wir kommen“ wurde von vielen angesichts des Krieges als unpassend empfunden, sie sollte durch „Europa schaffen ohne Waffen“ ersetzt werden. Leider läßt sich das nicht mehr ändern, da die Plakate gedruckt sind. Einige Mitglieder regten an, die unpassende Losung zu überkleben.

Der BPR begrüßte Überlegungen, eine friedenspolitische Konferenz durchzuführen, deren Einladern nicht die PDS sein müßte. Die PDS sollte ihre Anstrengungen verstärken, Argumente gegen den Krieg zu liefern, z.B. mit einem Reader zu den Hintergründen des Krieges, eine Zusammenstellung des einschlägigen Völkerrechts und ein Flugblatt zu den Kriegslasten. In Deutschland leben Menschen aus allen am Krieg beteiligten Ländern des Balkan, es ist wichtig, zu ihnen Kontakt zu suchen und gegen ihre Ausgrenzung einzutreten.

Es wurde eine kurze Erklärung verabschiedet, die sich gegen den Krieg ausspricht und betont, daß unser Engagement gegen den Krieg ein Schwerpunkt im Europawahlkampf sein sollte. Die Erklärung ist an die Presse gegangen und soll auch im PID veröffentlicht werden.

Kritisch befaßte sich der BPR mit dem Finanzplan der PDS, der seitens des Bundesvorstandes wieder erst im laufenden Haushaltsjahr vorgelegt wurde. Nur beispielhaft einige Diskussionspunkte: Die Sparmaßnahmen im Haushalt setzen auch bei den IGs/AGs/Plattformen an. Für ihre Arbeit sind 22tausend DM weniger als 1998 angesetzt. Gegen die heftige Kritik führt der Bundesvorstand ins Feld, daß die IGs ... ihre Haushaltsmittel nicht vollständig abgerufen haben. Nur um diese Summe seien ihre Haushaltsansätze gekürzt worden. Massive Kritik am Länderfinanzausgleich kam von den Landesverbänden Berlin und Sachsen. Seitens des Berliner Landesvorstandes gibt es Überlegungen vor die Schiedskommission zu gehen. Auch aus den westlichen Landesverbänden wurden Zweifel an der „Gerechtigkeit“ des Länderfinanzausgleichs geäußert. So bedürfe es einer genaueren Analyse, ob die westlichen Landesverbände tatsächlich nur „kosten“ oder ob sie nicht stärker als ausgewiesen zur Finanzierung der PDS beitragen. So geht ja die gesamte Wahl-

kampfkostenerstattung der Bundesebene in den zentralen Haushalt ein. Gegen eine „Projektförderung“ seitens des Bundesvorstandes als Aufbauhilfe West an den gewählten Landesvorständen vorbei wandten sich mehrere Delegierte.

So wie der Finanzplan vorgelegt wurde, ist es nicht möglich, sich ein genaues Bild über die Finanzen der Partei zu machen, da z.B. die Haushaltsansätze des Vorjahres sowie die tatsächlichen Ausgaben nicht mit ausgewiesen werden. Darüber hinaus sind die meisten Haushaltsposten nicht untergliedert, sondern nur global gefaßt, so daß nicht deutlich wird, für welche konkreten Vorhaben das Geld verplant ist. Eine sachlichen Debatte z.B. im BPR über bestimmte Vorhaben ist so nicht möglich. Einige BPR-Mitglieder bemerkten, daß sie im Kommunalparlament einen solchen Haushaltsentwurf glatt abgelehnt hätten. Entsprechend knapp fiel die Abstimmung aus: 17 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen. Einstimmig wurde der Bundesvorstand durch Beschluß aufgefordert: 1. Sofort mit der Erarbeitung des Haushaltes für das Jahr 2000 zu beginnen, 2. dabei gemeinsam mit den Landesverbänden und anderen Beteiligten eine konsensfähige Lösung beim Länderfinanzausgleich zu suchen und 3. den Haushaltsentwurf noch im 4. Quartal 1999 vorzulegen, damit ausreichend Zeit zur Beratung vorhanden ist. *syb*

Die Basisorganisation der **PDS Stuttgart** hat am 22. April beschlossen, daß sie eine Kandidatur zu den Gemeinderatswahlen im Oktober anstreben will. Eine endgültige Beschlussfassung wird allerdings erst erfolgen, wenn erstens ein Programmentwurf vorliegt und vor allem, wenn ausreichend Kandidatinnen und Kandidaten gefunden worden sind (um das Wahlsystem mit Kumulieren und Panaschieren optimal ausschöpfen zu können, ist eine Liste mit 60 Personen nötig; nur so bestehen ausreichend Chancen, die ungefähr 1,6 bis 1,8% der Wählerstimmen zu erreichen, die für ein Gemeinderatsmandat nötig sind). Der einstimmig gefaßte Beschluß ist vielleicht ein Schritt dahin, daß die Stuttgarter PDS ihre internen Streitereien beendet und sich mit politischen Aktivitäten nach außen wendet. Eine Kandidatur wird allerdings nicht einfach: erstens müßte die PDS tatsächlich eine offene Liste, die diesen Namen verdient, zustande bringen, d.h. Personen, die kommunalpolitisch aktiv sind oder sein wollen, für eine Kandidatur bei der PDS gewinnen. Zweitens gibt es von seiten der DKP und der (trotzkistischen) SAV („Vorant“) einen sogenannten kommunalpolitischen Runden Tisch, der ebenfalls kandidieren will, sowie ein Personenbündnis, hauptsächlich aus dem Widerstand gegen das Bahn-Projekt Stuttgart 21, in dem auch PDS-Mitglieder

mitmachen, und das ebenfalls kandidieren will. Zur Entkrampfung der Situation in der Stuttgarter PDS hat sicher beigetragen, daß sich die Vertreter aller Flügel einig waren in der Ablehnung des Krieges gegen Jugoslawien. *alk*

Der **Landesparteitag der Bayern-PDS** am 25.4. in Regensburg diskutierte vor allem über den Nato-Angriff auf die Bundesrepublik Jugoslawien und die Beteiligung der BRD. Nach einem ausführlichen Referat der Abgeordneten Eva Bulling-Schröter wurden die wesentlichen Positionen in einem Resolutionsentwurf zusammengefaßt, der nach lebhafter Diskussion und vielen Veränderungen ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung angenommen wurde.

Die Bayern PDS solidarisiert sich darin mit den Protesten gegen die Nato-Angriffe und begrüßt die Anstrengungen von Bundestagsfraktion und Bundespartei. Die Äußerungen v.a. Clintons beim NATO-Gipfel zeigten, daß aus dem Angriffskrieg ein Eroberungskrieg geworden sei. Die Resolution macht darauf aufmerksam, daß weder die Nato noch die UCK das politische Ziel des Zusammenlebens verschiedener Nationalitäten im Kosovo auch nur thematisierten. So könne es keinen Frieden geben. Traurig über das Elend und die Greuel, die mit der Zertrümmerung Jugoslawiens einhergegangen seien, stelle man fest, daß die politische Ermutigung, die wirtschaftliche Lockung und die militärische Absicherung von Sezessionskriegen das Elend vergrößert hätten. Die Partei unterstütze alle Bemühungen, die Grundlagen für ein selbstbestimmtes Zusammenleben in den Balkanländern zu erneuern. Die PDS bleibe Antikriegspartei und werde nicht nachlassen, bis sich die Bevölkerung der psychologischen, wirtschaftlichen und militärischen Kriegführung verweigere. *Quelle <http://www.pds-bayern.de> maf*

Nach dem Besuch von Gregor Gysi in Belgrad war die Feindschaft im **Deutschen Bundestag** groß. Schröder sprach von der fünften Kolonne, Fischer vom neuen Faschismus. Einen Eindruck von dieser Stimmung bekommt man, wenn man die Bundestagsdebatte liest oder zumindest die Rede von Gysi vom 15. April. Hier nur der Anfang: „Herr Bundeskanzler. Sie haben angemerkt, wir als PDS müssen aufpassen, nicht von der fünften Kolonne Moskaus zur fünften Kolonne Belgrad zu werden.“

*(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der F.D.P. – Zuruf von der SPD und der CDU/CSU: Wohl wahr! Richtig! Wo er recht hat, hat er recht)*

Ich erinnere mich noch gut an eine Zeit, als die CDU/CSU der SPD vorwarf, die fünfte Kolonne Moskaus zu sein. Das war im Rahmen der damaligen Entspannungspolitik.“ *PDS-Pressedienst 16/99*

*Zusammenstellung: jöd*



# „Man sollte besser Expansion sagen“

In München fand am 10./11. April ein deutsch-tschechisches Wochenende der Arbeitsgemeinschaft Setkání – Treffen deutscher und tschechischer Linker statt. Es bestand aus einer öffentlichen Veranstaltung zum Thema „NATO-Osterweiterung und neue NATO-Strategie“ am Samstagabend und einer Setkání-Arbeitstagung am Sonntag.

Als Referenten sprachen bei der öffentlichen Veranstaltung Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung e.V. aus Tübingen und der Geschäftsleiter der Tschechischen Friedensgesellschaft, Dr. Jan Šumavský aus Prag. Natürlich stand auch diese – seit längerem geplante – Veranstaltung ganz im Zeichen des Krieges gegen Jugoslawien. Es erwies sich aber von Vorteil, daß aufgrund des speziellen deutsch-tschechischen Blickwinkels nicht die Geschehnisse in Jugoslawien selbst im Mittelpunkt der Rede- und Diskussionsbeiträge standen, sondern der weltpolitische Zusammenhang, in dem dieser Krieg sich abspielt.

## Tobias Pflüger zur Nato

So wurde nicht ein weiteres Mal darüber gerätselt, was und wieviel von den Berichten über serbische Verbrechen an Albanern glaubhaft und wieviel von interessierter Seite zur Rechtfertigung des Krieges erfunden ist. Stattdessen informierte Tobias Pflüger über die grundlegende Veränderung des Charakters der NATO, die mit der neuen Strategie des Bündnisses verbunden ist. Dieses werde künftig nicht einmal mehr auf dem Papier ein Verteidigungsbündnis sein. Als neue Grundlage solle beim NATO-Gipfel am 24./25. April in New York eine Strategie beschlossen werden, die die NATO ganz offiziell zu einem „sich selbst legitimierenden (ohne UNO-Mandat handelnden) internationalen Interventionsbündnis“ machen werde. Das Papier hierzu, auf dessen Grundlage beim Gipfel diskutiert und beschlossen werden solle, liege dem Parlament bislang nicht vor – wohl aber der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung; jedenfalls werde in einem FAZ-Artikel von einem Stiftungsmitarbeiter daraus zitiert.

Mit der Ostexpansion der NATO – statt des harmlos klingenden Wortes „Erweiterung“ solle man lieber „Expansion“ sagen, so heiße es auch im Englischen, sagte Tobias Pflüger – verlege diese ihre Front nach Osten, Richtung Rußland. Diese werde durch die geplante Aufnahme weiterer osteuropäischer Staaten und die schon bestehende militärische Kooperation mit 28 Staaten (von Estland bis Kirgistan, einschließlich der „neutralen“ Staaten Schweiz und Österreich!) im Rahmen der „Partnerschaft für den Frie-

den“ systematisch eingekreist. Dabei werde auch getestet, wie weit man in diesem Punkt gehen könne. Deutschland unterstütze die US-Strategie, verfolge aber dabei seine eigenen Großmachtinteressen. Dies zeige sich z.B. daran, daß Deutschland den Ausbau der WEU zum militärischen Arm der EU vorantreiben und für die Stärkung der eigenen Rolle in der NATO („europäische Verteidigungsidentität“) nutzen wolle. Die Stellung der BRD zeige sich auch daran, daß die Bundeswehr an sieben der bislang existierenden neun übernationalen Corps (u.a. mit Polen) beteiligt sei (die US Army ebenfalls an sieben). Das Verhältnis zwischen den Beteiligten dieser Corps sei keineswegs ein gleichberechtigtes, sondern ein „Lehrer-Schüler-Verhältnis“. Demnächst solle auch ein Corps unter Beteiligung tschechischer Einheiten gebildet werden. Allerdings sei noch unklar, wer bei diesem Corps der „Lehrer“ sein darf.

Einigkeit bestehe zwischen den wichtigsten NATO-Ländern über den Ausbau der Krisenreaktionskräfte, also der Teile der Armeen, die speziell für Interventionen ausgebildet und ausgerüstet sind. Unterschiedliche Vorstellungen bestünden allerdings über die Einsatzbereiche dieser Einheiten: während die USA den weltweiten Einsatz ohne Einschränkung auf besondere Schwerpunkte befürworten, dränge Frankreich auf die Festlegung bestimmter Interessensgebiete der einzelnen NATO-Länder, während die BRD sich für Einsatzgebiete „in und um Europa“ stark mache und selbst vor allem für Mittel- und Osteuropa „zuständig“ sein wolle.

## Friedenskräfte in Tschechien

Dr. Jan Šumavský von der Tschechischen Friedensgesellschaft berichtete über die Situation der Friedensbewegung und die Haltung der verschiedenen Kräfte zum NATO-Beitritt und zum Krieg in Jugoslawien. Angesichts von Umfrageergebnissen, nach denen ca. 80 Prozent der tschechischen Bevölkerung ganz oder teilweise unzufrieden mit der politischen Lage sei, spreche die Erklärung eines Abgeordneten für sich: „Nach dem NATO-Beitritt müssen wir keine Opposition mehr fürchten!“ (Text des Referats siehe nächste Seite)

In der darauf folgenden Diskussion

war zu spüren, daß die Referate den Zuhörern sehr bewußt gemacht hatten, in welcher Umbruchsituation wir uns zur Zeit befinden und daß es um wesentlich mehr geht als um einen lokalen Krieg. Insbesondere der Frankfurter Publizist Lorenz Knorr machte in seinem Beitrag deutlich, daß eine Kritik zu kurz greift, die nur die USA wegen ihres Vormachtsanspruchs anklagt und dabei vielleicht noch die BRD ermuntert, gegen diesen Anspruch stärker eigene Interessen geltend zu machen. Treibender Faktor der wachsenden Kriegsgefahr sei gerade der Konflikt zwischen den ökonomischen und machtpolitischen Interessen der USA und Deutschlands als dominierender Macht in Europa.

## Setkání-Arbeitstagung

An der Arbeitstagung am Sonntag nahmen rd. 20 Teilnehmer aus München, Prag, Pflzen, Stuttgart, Stralsund, Augsburg, Frankfurt/M., Hannover, Bielefeld und Germering teil. Zuerst sprachen Emil Hruška aus Pflzen und Martin Fochler aus Augsburg über aktuelle Entwicklungen im deutsch-tschechischen Verhältnis. Dann wurde über die Tätigkeit der letzten Monate berichtet und darüber debattiert, welche Fragen im kommenden Jahr im Mittelpunkt der Arbeit stehen sollen. Die Teilnehmer waren sich ein-

nig darüber, daß das deutsch-tschechische Verhältnis im Lichte der gesamten Ost- und Rußlandpolitik der Nato-Länder behandelt werden muß. Als wichtigste Aufgabe wurde die Verteidigung völkerrechtlicher Prinzipien – Achtung der Souveränität und der territorialen Unversehrtheit anderer Staaten, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Gleichberechtigung, Verbot der Anwendung oder Androhung von Gewalt zur Regelung zwischenstaatlicher Konflikte – benannt, da sich gutnachbarliche oder gar freundschaftliche Beziehungen nicht entwickeln können, wo diese Prinzipien mißachtet werden. Das heißt auch, daß das Münchner Abkommen und seine Null-und-Nichtig-Erklärung auch nach Beendigung der Unterschriftensammlung ein zentrales Thema bleiben muß. Die Teilnehmer diskutierten und verabschiedeten die Resolution „Gutnachbarliche Beziehungen sind ohne Achtung des Völkerrechts unmöglich“ (siehe Seite 20).

Renate Hennecke

[alle Texte aus Deutsch-Tschechische Nachrichten Nr. 8]



# Die tschechische Friedensbewegung und der Nato-Beitritt

Meine Damen und Herren, wertvolle Freunde, sicher muß ich nicht erklären, daß die Ereignisse in Jugoslawien den Inhalt meines Referats beeinflußt haben. Ich will dennoch zuerst zum ursprünglichen Thema sprechen. Ich soll Sie informieren, wie der NATO-Beitritt in der tschechischen Bevölkerung diskutiert wird und wie die tschechische Friedensbewegung die Konsequenzen des Beitritts für Tschechien einschätzt. Mein Zeitraum ist nicht groß,

so daß ich die objektive Lage ohne Argumentation beschreiben will. Damit Sie die verschiedenen Standpunkte meiner Mitbürger besser verstehen, muß ich kurz etwas zurückblicken...

## Die historischen Faktoren

Die Tschechen lassen sich, besonders in der jüngeren Geschichte, mit den Kindern einer geschiedenen Ehe vergleichen. Auf der einen Seite der Einfluß der Deutschen, leider oft als Objekt des Panger-

manismus, auf der anderen Seite der Panslawismus, der trotz seiner absolutistischen, zaristischen Basis fast idealistisch angenommen wurde. Während des Zweiten Weltkriegs war es auf der einen Seite die nazistische Okkupation und auf der anderen die sowjetische Befreiung, die auch mit vielen sozialen Erwartungen verknüpft war.

Mit der Orientierung Ost – West sieht es ähnlich aus. Nach dem Ersten Weltkrieg war die Bevölkerung fast eindeutig

Erklärung des Setkáni-Treffens am 10./11. April 1999:

## Gutnachbarliche Beziehungen ohne Achtung des Völkerrechts unmöglich

Knapp zwei Wochen nach dem Beitritt zur NATO befand sich die Tschechische Republik bereits in einem völkerrechtswidrigen Krieg. Mit dem „Feind“ Jugoslawien fühlen sich viele Tschechen aufgrund einer langen Tradition gemeinsamen antikolonialen und antifaschistischen Kampfes eng verbunden. Unter den Verbündeten ist Deutschland, das in der Vergangenheit die staatliche Souveränität und die territoriale Unversehrtheit der Tschechoslowakei mißachtete und – unter dem Vorwand des Schutzes von Minderheitenrechten – das Land zerstückelte und besetzte. Und immer deutlicher kommt ans Tageslicht, daß der Krieg keineswegs dem Schutz der albanischen Minderheit vor Vertreibung und Menschenrechtsverletzungen dient; er führte vielmehr zur Verschlimmerung ihrer Lage. Der Krieg ist die Generalprobe für die neue NATO-Strategie: unter Ausschaltung der UNO will die NATO künftig Kriege unter eigenem Mandat nach Maßgabe selbst definierter Interessen führen.

Wenige Tage vor dem Festakt am 12. März in den USA, bei dem die US-Außenministerin Madeleine Albright von den Vertretern Tschechiens, Polens und Ungarns die Beitrittsurkunden in Empfang nahm, besuchte der tschechische Premierminister Miloš Zeman Bonn. Dort bekam er zu spüren, welchen Umgang mit dem kleineren Nachbarn und künftigen Verbündeten die deutsche Regierung für angemessen hält: Man drehte ihm das Wort im Munde um und paßte es den eigenen Bedürfnissen an. Zemans Äußerungen wurden so inter-

pretiert, als habe er die Forderung akzeptiert, mit der revanchistische deutsche Kreise in die Tschechische Republik hineinzuregieren versuchen. „Zeman erklärte die Benesch-Dekrete für ungültig“, hieß es in der offiziellen Pressemitteilung der Bundesregierung vom 9. März 1999. Tatsächlich hatte der tschechische Regierungschef seine bekannte Auffassung wiederholt, bei „Beibehaltung der Rechtskontinuität der tschechischen Rechtsordnung“ sei „die Wirksamkeit einiger nach dem Jahre 1945 beschlossener Gesetze bereits erloschen“. Ein erheblicher Unterschied. Gleichzeitig mit der gezielten Fehlinterpretation der tschechischen Position erklärten Bundeskanzler Schröder und der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Günter Verheugen, alle Probleme zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik seien „vom Tisch“. Man sei übereingekommen, das Verhältnis beider Staaten solle nicht länger durch politische und rechtliche Probleme aus der Vergangenheit, sondern durch eine enge Partnerschaft gekennzeichnet sein.

Vom Tisch soll damit offenbar auch die Forderung sein, daß die Bundesregierung ihre Haltung zum Münchner Diktat von 1938 ändert und dieses nicht mehr als rechtmäßig zustande gekommen und erst später ungültig geworden betrachtet, sondern als völkerrechtswidrig und somit null und nichtig von Anfang an. Mit dem NATO-Beitritt würden Deutschland und Tschechien zu Verbündeten, freute sich Schröder. Von der Beteiligung Tschechiens an der Durchsetzung des Diktats von Rambouillet erhofft man sich in Bonn bzw. Berlin offensichtlich eine Schwächung der tschechischen Position in bezug auf das Diktat von München.

Wir verkennen nicht die Unterschiede zwischen 1938 und 1999; insbesondere halten wir jede Gleichsetzung zwischen der rot-grünen Bundesregierung mit dem Hitler-Regime für eine gefähr-

liche Verharmlosung dessen, was der deutsche Imperialismus noch alles an reaktionären Kräften aufzubieten hat, um seine Weltmachtpläne voranzutreiben.

Wir können aber nicht übersehen, daß zwischen der Beteiligung an dem völkerrechts- und verfassungswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien und der Haltung der Bundesregierung zum Münchner Abkommen von 1938 ein Zusammenhang besteht. Wir können die Augen nicht verschließen vor der Gefahr, die sich mit zunehmender Deutlichkeit abzeichnet: daß die Tschechische Republik erneut zum Hinterland und zum Aufmarschgebiet für eine aggressive Politik gegen andere mittel- und osteuropäische Länder, insbesondere gegen Rußland, gemacht wird. Die seit Jahren gezielt betriebene Untergrabung der Prinzipien des Völkerrechts, die Ersetzung des Prinzips der Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität anderer Länder durch eine angebliche „Pflicht zur Einmischung“, die Vorstellung, zum „Ordnungschaffen“ in anderen Ländern verpflichtet zu sein – das alles schafft Voraussetzungen dafür.

- Das Völkerrecht darf nicht länger als Fetzen Papier behandelt werden, die Prinzipien der Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität anderer Länder müssen wieder respektiert werden.

- Der Krieg gegen Jugoslawien muß sofort beendet werden.

- Statt NATO-Aggression eine europäische Sicherheitsordnung mit der Zielsetzung einer zivilen Konfliktregelung!

- Wir fordern eine verbindliche Erklärung der Bundesregierung, daß sie das Münchner Diktat von 1938 als null und nichtig von Anfang an betrachtet – und sind uns bewußt, daß dieser Forderung angesichts der Erpressung von Rambouillet größere Dringlichkeit zukommt denn je.

•



westlich orientiert, was durch den Vertrag mit Frankreich unterstrichen wurde. Die größten Sympathien hatten die Tschechen gegenüber Jugoslawien. Dies drückte sich in dem Vertrag mit Jugoslawien und Rumänien aus. Die Rolle „Münchens“ bei dieser Orientierung versteht sich von selbst.

Als „zweites München“ wird heute oft die Jalta-Konferenz benannt. Wieder ohne uns wurde hier beschlossen, daß wir diesmal zu Osteuropa gehören. Dazu muß man aber sagen, daß die große Mehrheit damals nichts dagegen hatte. Die Spaltung Europas und die Bildung der NATO, auf die die Bildung des Warschauer Pakts folgte, der „Kalte Krieg“, viele Fehlschritte des Westens, das alles war sehr günstig für die sowjetische Propaganda. Die Leute konnten sich nur sehr langsam orientieren, bis die Intervention im Jahre 1968 einen Wendepunkt brachte.

Die wiederholten Enttäuschungen konnten nur zu einer einzigen Schlußfolgerung führen: alle Bündnisse ablehnen, beide Pakte liquidieren und ein allgemeines, demokratisches Sicherheitssystem schaffen. Wenn das nicht gelingt, dann neutral bleiben. Die Auflösung von NATO und Warschauer Pakt erwartete damals auch ein großer Teil, wenn nicht die Mehrheit der Europäer – und damals auch noch Václav Havel.

#### **NATO-Erwartungen und NATO-Befürchtungen**

Den Sturz des totalitären Regimes im November 1989 begrüßte die übergroße Mehrheit der tschechischen und slowakischen Bevölkerung, einschließlich einer großen Mehrheit der damaligen Mitglieder der KPC. Die riesigen Menschenmengen bei den Demonstrationen klingelten mit den Schlüsseln und erlebten eine wirkliche Euphorie. Schon vor 4000 Jahren schrieb der berühmte ägyptische Arzt Sinuhet: „Die armen Leute haben die größte Freude, wenn sie zusammen jubeln können.“ 1989 waren es leider auch viele Intellektuelle, die vergessen hatten, daß das wirkliche Leben keine Euphorie ist und daß die Rückkehr nach Europa schwerlich so glänzend aussehen wird. Ich will nicht abschweifen, aber zum Vergleich: nach der letzten Umfrage sind ca. 80 Prozent der Bevölkerung teilweise oder voll mit der politischen Lage unzufrieden.

Die Transformation des Regimes und besonders der Wirtschaft mit ihren zahlreichen Eigentumsrestitutionen öffnete die Tür für Karriere, Unternehmen und Reichtum. Die schnelle Transformation ohne juristische Regelung brachte aber auch einheimischen und ausländischen Betrügnern ungeheure Möglichkeiten und schuf freies Feld für Mafien aus dem Westen ebenso wie aus dem Osten. Alle diese „neuen Tschechen“ verlangten und erwarteten, ähnlich wie die „neuen Russen“ oder vor kurzer Zeit die „neuen Spanier“, eine schnelle Sicherung ihrer Posten und ihres Reichtums. Die Erklärung

eines Abgeordneten sagte alles: „Nach dem NATO-Beitritt müssen wir keine Opposition mehr fürchten!“ Mit denselben Erwartungen hohen Profits eilen sie in die EU. Diese egoistischen Erwartungen haben natürlich nichts gemeinsam mit dem allgemeinen Bewußtsein, daß die tschechischen Länder immer zum sog. „atlantischen“ Europa gehörten und gehören wollten.

Auch Europa öffnete damals den postkommunistischen Ländern seine Arme. Aber auch dort traten bald die alltäglichen Sorgen an die Stelle der Euphorie, und von Spendenbereitschaft und Großzügigkeit ging man zum normalen Konkurrenzkampf über. So ist es im Leben normal, nur die von Euphorie Geblendeten meinten, daß die Tschechen etwas anderes sind und eine Ausnahme bilden werden.

Die Schlußfolgerung: Machtpolitische, politische und wirtschaftliche Faktoren sind entscheidend dafür, ob man Hoffnungen oder Befürchtungen hegt.

Die Hoffnungen gründeten sich auf folgende Hauptargumente:

- Es ist nötig, uns ein für allemal gegen eine mögliche Okkupation zu versichern.
- Aus Rußland kann eine neue Gefahr und Aggression kommen.
- Wir müssen uns gegen den Weltterrorismus sichern.
- Wir müssen uns gegen eine mögliche Massenmigration sichern.
- Wir müssen uns gegen die gewaltsame Verbreitung des Islam sichern.
- Von der Sicherung „gegen die Opposition“ war natürlich keine Rede. Befürchtungen verschiedener Art hatten:
- die Angehörigen der früher regierenden Kreise und Schichten,
- diejenigen, die irgendwie vom früheren Regime profitierten,
- diejenigen, die wußten, daß die NATO nicht nur „Gold“ ist,
- diejenigen, die von der früheren Propaganda beeinflusst waren,
- diejenigen, die die NATO aus egoistischen Gründen ablehnten,
- die Pazifisten.

Zu den wichtigsten Argumenten für die Ablehnung gehörten:

- der faktische Verlust der Souveränität,
- die neue Teilung Europas,
- die Gefahr, in die Sphäre fremder Interessen hineingezogen zu werden,
- die weitere Isolation Rußlands mit gefährlichen Folgen: Aufstieg von Nationalismus und Extremismus, aber indirekt auch des Islams etc.,
- übergroße Kosten und finanzielle Attacken des militärisch-industriellen

Komplexes, besonders jetzt in der Zeit der ökonomischen Probleme des Landes etc.

Zum Kräfteverhältnis, wobei natürlich nur eine grobe Einteilung möglich ist:

Für den Beitritt waren die politischen Parteien mit rechter Orientierung, die christliche Partei und die Mehrheit der sozialdemokratischen Partei, einschließlich deren Leitung. Weiter: die Kirchen, die Leute mit höherer Bildung und die Jugend. Gegen den Beitritt waren die am Rande stehenden Parteien: die Kommunisten und die Radikalen, die niedrigeren Schichten, besonders die Angestellten und Arbeiter, die Leute mit niedrigerer Bildung und die älteren Leute. Nur eine einzige Bemerkung: die älteren erlebten „München“ und die Zeit der Okkupation, die jungen Leute nur das Jahr 1968



**Jan Sumavský (re.) und Tobias Pflüger am 10.4. in München**

und ein Teil von ihnen nur die Zeit der „Normalisierung“.

Im demokratischen Staat ist es natürlich normal, daß die Leute verschiedene Meinungen haben, aber das bedeutet meistens nicht, daß sie dieselben Möglichkeiten haben, ihre Meinungen zu äußern. In diesem Sinne ist die Demokratie in der CR sehr schwach. Mit Ausnahme des öffentlichen Fernsehens und der Zeitung „Právo“ (Recht) gehören alle nur ein bißchen wichtigen Medien ausländischen Eigentümern, und deren Hauptmethoden sind Einseitigkeit und auch Demagogie. Die Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) wurden von Anfang an von Regierungskreisen für überflüssig und politisch lästig gehalten und bekamen deswegen keinen Raum und keine materielle Unterstützung. Eine Ausnahme bilden nur einige große NGOs, die vor allem vom Westen finanziell unterstützt werden. Außerdem gibt es einige humanitäre Organisationen, die von öffentlichen Sammlungen leben.

Gegen den Beitritt waren also nur die kommunistische Presse und die Druckerzeugnisse der Radikalen. Ich muß jedoch hinzufügen, daß jeder, der eine andere als die offizielle Ja-Meinung vertrat, als Anhänger ehemaliger Zeiten, ja fast als

Staatsfeind und Verräter bezeichnet wurde. Trotz alledem waren die regierenden Kreise mit den Umfrageergebnissen nicht zufrieden. Für den Beitritt waren immer nur ca. 51%, gegen den Beitritt ca. 30%, und fast 20% wußten nicht oder wollten nicht antworten. Die sozialdemokratische Partei erklärte, daß sie für den Beitritt ist, aber der Wille der Bevölkerung müsse durch ein Referendum bestätigt werden. Für die Rechten war natürlich ein Referendum mit so unsicherem Resultat sehr gefährlich, deswegen vereitelten sie im Parlament jeden Versuch, das Referendum-Gesetz durchzusetzen, obgleich in der von ihnen erarbeiteten Verfassung das Prinzip der direkten Demokratie enthalten ist.

### Die Reaktionen auf den NATO-Beitritt

Am 12. März wurde die Tschechische Republik offizielles NATO-Mitglied. Die Reaktionen entsprachen der vorne geschilderten Lage. Zu den Zufriedensten gehörte Václav Havel. Er sagte, daß das wichtigste Ziel seiner Präsidentschaft erreicht sei und daß er jetzt die Republik noch in die EU führen müsse. Die Aktivisten kritisierten, daß der Jubel nicht so stark war wie in Polen und Ungarn. Objektiv muß ich aber sagen, daß die Hauptveranstaltung in der Prager Burg wegen der NATO-Bombardierung in Jugoslawien abgesagt wurde. Die Zeitung Mladá Fronta Dnes brachte zwar am 13. März volle 13 Seiten mit der NATO-Problematik, aber die anderen Zeitungen und Druckerzeugnisse brachten zwar Schlagzeilen in den größten Buchstaben, die in den Druckereien zu finden waren, aber der Inhalt war kälter.

Ein Institut organisierte eine schnelle Umfrage. Den Eintritt begrüßten zwei Drittel der Befragten, aber von deren Motiven erfuhren wir nichts. An den Mienen derjenigen, die vor den Fernsehkameras antworteten, konnte man aber erkennen, daß viele von ihnen entweder resignierten oder gerne sähen, wenn alles schon hinter uns läge.

Später wollten die Massenmedien die Stimmung verbessern und begannen zu behaupten, daß unsere Sicherheit nun für alle Zeiten gesichert sei, weil die Gefahr vom Osten immer noch drohe. Dem fügten sie ein ganz neues Argument hinzu, das der ungünstigen Wirtschaftslage entsprach: der Beitritt bringe neue, günstige Möglichkeiten für die Wiederbelebung der Wirtschaft und die Senkung der Arbeitslosigkeit mit sich. Ich habe nur nirgends gelesen, warum die Mitgliedsstaaten das tun sollten, wenn es doch allein in Europa 12 Millionen Arbeitslose gibt.

Die wirklichen Protestaktionen organisierten also nur die kleinen Gruppen der Kommunisten und Anarchisten, die natürlich von den Medien verurteilt wurden.

### Die Stellungnahmen der Friedensorganisationen

Die Mehrzahl der Organisationen, die

uns interessieren, sind vor allem Organisationen für die Menschenrechte. Nur wenige sind „reine“ Friedensorganisationen, und auch diese nicht alle im pazifistischen Sinne. Es ist nicht leicht, ihre Stellungnahmen kennenzulernen. Sie haben fast keine Möglichkeit zur Meinungsäußerung; öffentliche Veranstaltungen, wie z.B. die in der BRD üblichen Ostermärsche, gibt es fast gar nicht. Es ist auch erst kurze Zeit seit dem Beitritt abgelaufen, und zur Zeit ist schon die NATO-Operation gegen Jugoslawien im Vordergrund. Trotzdem versuche ich, die heutigen Stellungnahmen von denen vor dem Beitritt abzuleiten.

Vorher muß ich noch sagen, daß viele oder fast alle nach dem November 1989 als Ausdruck der Nichtübereinstimmung mit dem ehemaligen Regime entstanden und „europäisch“, „westlich“ orientiert sind und daß die Mitglieder meist die jungen Leute sind. Sie sind deswegen fast alle für den Beitritt und unterscheiden sich nur darin, wie sie die demokratischen Methoden betonen. Manche von ihnen sind voll antikommunistisch.

Die links orientierten Organisationen waren grundsätzlich gegen den Beitritt und lehnten natürlich auch den realisierten Beitritt ab. Ich habe zwar ein Signal, aber ich bin nicht überzeugt, daß sie aktuell den Austritt aus der NATO fordern oder dies künftig tun werden.

Zu den in der Mitte stehenden Organisationen gehört auch die Tschechische Friedensgesellschaft (TFG). Ich könnte sie als „realistische“ Organisationen bezeichnen. Uns war ganz klar, daß bei diesem Kräfteverhältnis und den antirussischen Ressentiments der Bevölkerung der Beitritt unvermeidlich ist. Wir wissen, daß die CR allgemein zum Westen gehört und daß bestimmte Gefahren existieren, denn die Republik liegt im Zentrum geopolitischer Interessen. In Europa muß auch ein Sicherheitssystem existieren, aber wir bevorzugen ein gesamt-europäisches, demokratisches System, wie es z.B. die OSZE bildet. Wir wissen auch, daß die OSZE zur Zeit kein effektives System ist, aber auch, daß der Westen alles tut, damit es ineffektiv bleibt.

Wir orientieren uns also, was die Friedensprobleme betrifft, auf zwei Problemgruppen: 1.) Verbot von atomaren, chemischen und biologischen Waffen und von Landminen und 2.) Kampf um den „Inhalt“ der NATO-Mitgliedschaft. Konkret: die Umwandlung der NATO in eine im Grunde politische Organisation, die den Sicherheitsrat der UNO respektiert, und militärisch auf die „dänisch-norwegische Variante“ (ohne Stationierung fremder Truppen bzw. ohne Atomwaffen im Land). Heute ist, leider, als wichtigstes Problem die „neue Doktrin“ in den Vordergrund getreten. Es ist eine sehr gefährliche Doktrin und soll der NATO folgende drei Rechte bringen:

- das Recht, auch außerhalb der Mitgliedsstaatenzone zu handeln,
- das Recht, auch ohne UNO-Mandat

zu handeln,

– das Recht des atomaren Erstschlages selbst gegen Staaten, die nicht über Atomwaffen verfügen.

Wir meinen, die Orientierung der TFG ist realistisch und richtig. Resignation ebenso wie alle Formen des Extremismus sind nach unserer Meinung unerwünscht.

Vor der TFG und besonders vor den Linken und allen Vernünftigen stehen aber noch weitere Aufgaben. Aktuell ist das wichtigste Problem der Versuch der NATO-Anhänger, aus unserer Verfassung das Wort „souverän“ zu streichen. Das soll der Regierung den operativen, schnellen Einsatz der tschechischen Armee bei NATO-Operationen erleichtern. Ich habe schon erwähnt, daß wir damit rechnen müssen, daß Druck ausgeübt wird in Richtung auf eine Modernisierung der Bewaffnung der Armee und aller ihrer logistischen Systeme ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten und die soziale Lage der Bevölkerung. Weiter nähert sich das Problem der Umwandlung in eine Berufsmarine. Ich befürchte, daß diese Frage durch den NATO-Einsatz im Kosovo in den Vordergrund treten wird. Die Umwandlung in eine Berufsmarine hat sowohl negative als auch positive Seiten, aber in jedem Falle ist sie sehr teuer. Nicht zuletzt sehe ich die Probleme der materiellen und sozialen Sicherheit sowie der Gesundheit der Soldaten, die an den NATO-Operationen teilnehmen werden.

Als langfristige strategische Aufgabe für die TFG bleibt in jedem Falle das Bestreben um die Bildung eines allgemeinen, europäischen und demokratischen Sicherheitssystems.

### Kosovo

Als ich dieses Referat vorbereitete, konnte niemand sagen, wie die Lage am 10. April aussehen wird und welche Probleme zu diesem Zeitpunkt aktuell sein werden. Ich versuche aber, die ersten Reaktionen in der CR zu interpretieren.

Das erste, was den Leuten klar wurde, war die Antwort auf die Frage, warum es der NATO so eilte mit der Teilnahme der drei neuen Länder. Es war nicht die Teilnahme an der Konferenz in Washington, sondern die Unterstützung für die Operation und noch mehr die Möglichkeit der Nutzung des Luftraums der neuen Mitglieder. Als Faktum können wir notieren, daß die klarste Zustimmung zu der Operation von den neuen Mitgliedsländern kam, besonders von Polen und Ungarn, und von den Ländern, die sich um die Mitgliedschaft bewerben, wie z.B. Estland.

Was die CR betrifft, ist die Lage sehr spezifisch. Die Beziehungen zwischen den Tschechen und Jugoslawien sind schon historisch sehr eng. Ich erwähnte schon die Zeit vor dem Kriege, aber die Beziehungen wurden noch stärker während des Krieges, im Jahr 1968 und den darauffolgenden Jahren, als der leichteste Weg für Emigranten via Jugo-



slowenien war; für die Bleibenden war Jugoslawien der einzige fast westliche Erholungsraum am Meer.

Alle Gründe sind noch nicht klar, aber auch von den offiziellen Institutionen wurde die NATO-Operation ziemlich kalt und mit Zurückhaltung unterstützt. Die Regierung ermöglichte das Überfliegen für nichtbewaffnete Flugzeuge, und bezüglich des Feldkrankenhauses wiederholte sie, daß es für die Zeit nach der Unterzeichnung des Abkommens vorbereitet ist. Zur konkreteren Teilnahme an der Operation erklärte sie, daß keine verlangt worden sei. Die Stellungnahme des Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses, Václav Klaus, sowie der ganzen ODS-Partei, einschließlich der Senatsvorsitzenden, Frau Benešová, kann man als Ablehnung beurteilen. Die sozialdemokratische Partei war gespalten, ein Teil der Abgeordneten lehnte die Bombardierung ab, ebenso wie alle Kommunisten. Eine Position der festen Unterstützung vertraten allein Jan Ruml und die Partei Unie Svobody (US – Freiheitsunion). Und leider auch der ehemalige Humanist Václav Havel.

Die Protestaktionen waren nicht zu stark. Wenn überhaupt, waren das die Kommunisten und die im Lande lebenden Serben. Die Tschechen, wenn sie nicht gezwungen sind, gehen nur in den Schicksalsmomenten auf die Straßen. Die erste Umfrage war eindeutig: 35% Ja, 40% Nein und 25% ohne klare Stellungnahme. Dabei hatten 62% Angst, daß das Kriegsfeuer sich ausbreiten kann; diese Angst hatten auch zwei Drittel von denen, die Ja sagten. Ja sagten am meisten die jungen Leute und die mit höherer Bildung. Die Gründe kennen wir schon. Ich muß aber hinzufügen, daß ein Nein zur Operation fast eindeutig keine Unterstützung für die gewalttätige Politik Milosevics bedeutete.

Die große Mehrheit ist der Meinung, daß dieser und alle ähnlichen Konflikte mit friedlichen Mitteln gelöst werden müssen. Viele kritisieren die heuchlerische Argumentation der USA und der NATO und behaupten, daß im Grunde deren Machtinteressen dahinterstecken. Eine Mehrzahl der Leute befürchtet wirtschaftliche Folgen. Schon heute ist klar, daß die ökonomischen Beziehungen zu Jugoslawien abgekühlt und beschädigt wurden. Für viele Unternehmer wie auch für den ganzen Staat ist das in dieser Zeit sehr unerwünscht.

Die TFG gab eine Erklärung heraus, in der die NATO-Operation als rechtswidrig bezeichnet und ihre sofortige Einstellung gefordert wurde. Wie zu erwarten, wurde diese Erklärung in den Medien mit keinem Wort erwähnt. Wir können voraussetzen, daß dasselbe auch mit anderen solchen Erklärungen geschehen ist. Auf der anderen Seite konnten wir aber erfahren, daß einige Organisationen eine positive Stellungnahme abgaben, darunter das Helsinki Citizens Committee und die Helsinki Citizens Assembly in der CR.

Replik auf Wal Buchenberg „Zur politischen Ökonomie der Ausländerfeindlichkeit“

## Was hilft gegen Konkurrenz?

Der Diskussionsbeitrag von Wal Buchenberg „Zur politischen Ökonomie der Ausländerfeindlichkeit“ fordert zur Kritik heraus. Richtig finde ich seine Beobachtung, daß Ausländerfeindlichkeit in der BRD ihren sozialen Schwerpunkt in der Verbindung von Spitzen der Staatsbürokratie mit gesellschaftlich (Ab)gestürzten hat. Wal Buchenberg sucht die dahinter stehenden materiellen Gründe, was ich ebenfalls für richtig halte. Fündig zu werden glaubt Wal Buchenberg in den verschiedenen Konkurrenzbeziehungen auf verschiedenen Märkten.

Hier allerdings unterlaufen ihm mehrere Fehler. Das sind zum Teil Fehler im Detail: So etwa, wenn er behauptet, die Nachfrage nach Wohnraum für Arbeitsimmigranten würden ganz aus Steuermitteln finanziert – das trifft vielleicht noch für Flüchtlinge zu, die kaserniert werden, wobei die Bezeichnung Wohnungen für diese Art Gefängnisse schon eher höhnisch ist. Aber schon die Familienzuzügler beanspruchen keinen zusätzlichen Wohnraum, ganz zu schweigen von den Immigranten, die wie Wal Buchenberg dann an anderer Stelle unterstellt, als Billigarbeiter Beschäftigung haben und ihre Unterkünfte voll und ganz von ihren kargen Einkommen selbst bezahlen.

Auch die Aussagen über die Auswirkung der verschiedenen Nachfragen von länger ansässiger Bevölkerung und neu Zugewandelter erscheinen mir eher spekulativ als auf tatsächlichen Untersuchungen zu beruhen.

Es sind aber nicht diese Fehler im Detail, die Wal dann zu den verkehrten politischen Schlußfolgerungen bringen. Er macht meines Erachtens einen grundsätzlichen Fehler bei der Analyse der Konkurrenz.

Karl Marx hat in verschiedenen seiner ökonomischen Schriften die Konkurrenzbeziehungen in kapitalistischen Gesellschaften dargestellt, so z.B. in der kleinen Schrift „Lohnarbeit und Kapital“.

Dabei verweist er darauf: „Die Konkurrenz, wodurch der Preis einer Ware bestimmt wird, ist dreiseitig“, nämlich erstens unter den Verkäufern (jeder will möglichst viel verkaufen, allein verkaufen, möglichst teuer), zweitens unter den Käufern (wirkt preissteigernd) und drittens schließlich die Konkurrenz zwischen Käufern und Verkäufern (die einen wollen möglichst billig kaufen, die anderen möglichst teuer verkaufen).

Das Resultat dieser dreiseitigen Konkurrenz beschreibt Marx so: „Die Industrie führt zwei Heeresmassen gegeneinander ins Feld, wovon eine jede in ihren eigenen Reihen zwischen ihren eigenen Truppen wieder eine Schlacht liefert. Die Heeresmasse, unter deren Truppen die

geringste Prügelei stattfindet, trägt den Sieg über die entgegenstehende davon.“

Bezogen auf die Ware Arbeitskraft stellte Marx dann fest, daß der Kampf zwischen Kapital und Arbeit um die Lohnhöhe oder die Arbeitszeit unversöhnlich sei, weil dem ein absoluter Widerspruch zugrunde liegt: Der Profit wächst, wenn der Lohn fällt und umgekehrt. Dagegen ist die Konkurrenz der Arbeiter untereinander um die Lohnhöhe, die Beschäftigungsbedingungen relativ. Gelingt es den Arbeitern, die Konkurrenz untereinander zu mildern, können sie im Kampf gegen das Kapital Positionen behaupten.

Relativ ausführlich ist dann in der großen ökonomischen Schrift von Karl Marx, „Das Kapital“, die materielle Grundlage für die Entwicklung dieser Art von Solidarität dargelegt: Es ist die Erfahrung mit der Kooperation im Arbeitsprozeß selbst.

Weil also die Konkurrenz im Lager der Arbeit relativ ist, erfordert sie vom einzelnen Individuum Entscheidungen: Bedeutet mir Solidarität mehr als ein eventueller persönlicher Vorteil? Gehe ich daher in die Gewerkschaft oder probier' ich's mit Kriechen beim Chef? Aufklärung und Politik kommen ins Spiel. Es finden Zuordnungen zu politischen und kulturellen Traditionen und Vorstellungen statt. Politische Parteien und gesellschaftliche Kräfte können also auch mit Aussicht auf Erfolg versuchen, die Meinungen zu beeinflussen. Konkurrenz muß nicht sein, es gibt die Solidarität.

Freier Zuzug für Immigranten ist keineswegs eine neoliberale Forderung, sondern verlangt, wenn schon ein Weltmarkt für Arbeitskraft existiert, daß dann alle Beteiligten, nicht nur die Käufer, „frei“ sind und nicht durch zahlreiche Einschränkungen diskriminiert werden. Das verschärft nicht die Konkurrenz unter den Verkäufern von Arbeitskraft, sondern stärkt ihre Solidarität.

Eine Schutzzollpolitik für die inländischen Billiglöhner, wie sie Wal Buchenberg dagegen in seinen praktischen Forderungen vorschlägt, halte ich für verkehrt. Eine solche Politik versucht, die Konkurrenz im Lager der Arbeit zu mildern durch Marktabstottung und Ausgrenzung – ein abgesehen von der Moral auch völlig ungeeignetes Mittel.

Das Motto, das den Titel dieser Zeitschrift schmückt, „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!“ scheint mir von allen historischen Erfahrungen her die geeignetere Richtung anzuzeigen.

Alfred Küstler

(alle Zitate nach Marx, Engels Ausgewählte Schriften in zwei Bänden Dietz, 1968, Seite 75)



Eine deutsch-französische Diskussion über die Risiken des Euro, die Chancen gewerkschaftlicher Gegenwehr und die Zukunft der europäischen Linken

## Programm der 6. Gewerkschaftspolitischen Konferenz

### Freitag:

18.00 Uhr Eröffnung

18.30 Uhr Podiumsdiskussion:

*Hat der Sozialstaat noch eine Chance in Europa?*

### Samstag:

9.00 Uhr Plenumsdiskussion: Risiken und Chancen gewerkschaftlichen Widerstandes gegen ein Europa der Banken und Börsen

17.00 Uhr Podiumsdiskussion: Jeder für sich und alle gegen alle? – Die Konkurrenz der Standorte

### Anmeldung bei:

AG Betriebe und Gewerkschaften, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

### Weitere Informationen bei:

Tel. (0 30) 2 40 09-6 73; Fax: (0 30) 2 40 09-6 24

oder Tel. (04 21) 32 06 76

e-mail: parteivorstand@pds-online.de

## 8.5. Stopp des NATO-Krieges gegen Jugoslawien! Bundesweite Demonstration in Berlin

Die Demonstration wurde vom Arbeitsausschuß des Friedensratschlages in Kassel beschlossen, derzeit bildet sich ein breites Bündnis, das mobilisiert. Busabfahrten etc. an den Orten erfragen.

**Beginn: 12.00 Uhr in verschiedenen Marschsäulen  
Abschlußkundgebung: 14.00 Uhr, Alexanderplatz**

ADRESSAUFKLEBER

**Bis zum 24. Mai 1999** wird in Köln die Ausstellung: „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1994“ im Kölnischen Stadtmuseum, Zeughausstr. 1-3 gezeigt. Infos unter Tel. (02 21) 22 12 64 94. Kontakt: NS-Dokumentationszentrum, Appellhofplatz 23-25, 50667 Köln

**8./9. Mai 1999:** *Energiewende, zukunftsträchtige Arbeitsplätze, lebensfähige Kommunen*, 2. Energiepolitische Konferenz der PDS, Leipzig

**13. bis 16. Mai:** *Bundestreffen der Toten Kriegsdienstverweigerer in Nürnberg*. Kontakt: Gruppe Nürnberg, Fürth, Erlangen der DFG-VK, Adam-Klein-Str. 6, 90429 Nürnberg, Tel. (09 11) 2 87 69 71, Fax (09 11) 2 87 65 56

**13.-16. Mai 1999:** *Eurocamp. Ein Treffen zwischen KSCM, PDS, deutschen, französischen und tschechischen Linken in der Tschechischen Republik*. Infos und Anmeldung bei Sabine Lichtwald, Zimmer Str. 2, 03044 Cottbus. Tel. 0355/821237.

**13. Mai:** *Sonderparteitag von Bündnis 90/Die Grünen* in Hagen

**14. Mai 1999:** *CDU-Wertekongreß* in Cottbus

**23. Mai 1999:** *Bundesversammlung wählt Bundespräsidenten*

**28. Mai 1999:** *50. Bundesparteitag der F.D.P.* in Bremen

**25.-29. Mai 1999:** *Internationaler Euromarsch* Brüssel-Köln.

**29. Mai 1999:** *Großdemonstration gegen Erwerbslosigkeit, ungesicherte Beschäftigung, Ausgrenzung und Rassismus* in Köln. Erwartet werden mehrere zehntausend Menschen aus allen Ländern Europas und darüber hinaus (z.B. landlose Bauern aus Brasilien und Indien). Lt. *Il Manifesto* soll die Demonstration für eine machtvolle europäische Protestaktion gegen den NATO-Angriffskrieg genutzt werden. Weitere Infos: Bündnis Köln 99, Körnerstr. 69, 50823 Köln, Tel. (02 21) 9 52 00 77

**29. Mai – 4. Juni 1999:** „Europäisches Parlament der Erwerbslosen und ungeschützten Beschäftigten“ und Gegengipfel zum EU-Gipfel, der am 3./4. Juni in Köln stattfindet. Infos: Bundesbüro Euromarsch, Körnerstr. 69, 50823 Köln, Tel. 0221/9520008, Fax: 9520077.

**29. Mai – 19. Juni 1999:** *Aktionen der Euromarschbewegung* in Deutschland (grenznahe Gebiete), Benelux-Ländern und Frankreich im Vorfeld der Demonstration am 19. Juni gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Köln.

**6. Juni 1999:** *Bürgerschaftswahl* in Bremen

**13. Juni 1999:** *Europawahl, Kommunalwahlen* in Rheinland-Pfalz, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen

**16. Juni 1999:** *28. Evangelischer Kirchentag*

**18./20. Juni:** *Weltwirtschaftsgipfel* in Köln. Ein bundesweites Bündnis ruft zu einem Gegengipfel und zur Demonstration in Köln auf.

**5. September:** *Landtagswahl* in Brandenburg

**12. September:** *Kommunalwahlen* in NRW, Landtagswahl in Thüringen

**19. September:** *Landtagswahl* in Sachsen

**1.-3. Oktober:** *Tagung: Soziale Gerechtigkeit statt „Innerer Sicherheit“ – Alternativen zur Aufrüstung der Gesellschaft*, Ort: Haus Venusberg Bonn, Anmeldung: Bund für Soziale Verteidigung und Internationaler Versöhnungsbund/Dt. Zweig; Ringstr. 9a, 32427 Minden, Tel.: 0571-850875 oder 0571-294456

**10. Oktober:** *Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den BVen* in Berlin

# KAZ

**Kommunistische Arbeiterzeitung Nr.291 2 DM**

**Wir kennen keine Klassen mehr ... oder ?**

**mit Beiträgen zur Klassenanalyse in Westdeutschland**

erscheint vierteljährlich  
Einzelheft 2 DM  
Jahresabo 15 DM

Redaktion der  
Kommunistischen Arbeiterzeitung  
Schweppermannstr. 19  
Tel/Fax: 0911-356913 90408 Nürnberg